

# **DIE SOZIALE STRUKTUR DER GLOBALISIERUNG**

**ÖKOLOGIE, ÖKONOMIE, GESELLSCHAFT**

**Bernd Hamm**

mit Beiträgen von Daniel Bratanovic, Andrea Hense, Sabine Kratz,  
Lydia Krüger und Melanie Pohlschneider



KAI HOMILIUS VERLAG, 2006

## Globale Analysen

Globalisierung ist ein umfassender Prozess, der kaum einen Aspekt unseres Lebens als Individuen, Gruppen oder Gesellschaften unberührt lässt. Er ist in fachwissenschaftlichen Spezialisierungen nicht zu fassen. Er verweist auf eine Zukunft, von der wir nur wissen, dass sie sich in beschleunigendem Tempo entfaltet. Sie wird durch die Spannungen in einem dialektischen Prozess bestimmt: Auf der einen Seite das neoliberale Dogma des entfesselten Marktes, für den Konkurrenz das alles herrschende Gestaltungsprinzip ist, für den die Bereicherung der Stärkeren und der Untergang der Schwächeren gerecht sind. Auf der anderen Seite steht die Antithese, die positive Utopie der Nachhaltigen Entwicklung, die Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte, bescheidenes Sich-einrichten in den Bedingungen der Natur, Sorge für Mitmenschen und Umwelt unverzichtbare Errungenschaften der Zivilisation sind. Die Reihe Globale Analysen will dazu beitragen, diesen konfliktreichen Entwicklungsprozess zu untersuchen und zu verstehen. Sie will bewusst machen, dass der neoliberale Weg uns in die Katastrophe treibt. Sie will hervorheben, dass wir dem nicht hilflos ausgeliefert sind. Solches Verstehen ruft nach Alternativen, und solche Alternativen sind real, sind machbar, wenn wir, wenn wir Menschen sie wollen.

*Bernd Hamm, Rainer Falk, Lydia Krüger – Die Herausgeber*

*Für ihre fleißige und sorgfältige Mitarbeit bei der technischen Umsetzung dieses Buches danke ich ganz besonders Jessika und Saskia.*

*Kai Homilius*

## IMPRESSUM

© Kai Homilius Verlag 2006

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Kai Homilius Verlag

Christburger Strasse 4, 10405 Berlin

Tel.: 030 28 38 85 10 / Fax: 030 28 38 85 18

www.kai-homilius-verlag.de

Email: home@kai-homilius-verlag.de

Autor: Bernd Hamm

Cover: Joachim Geißler

Satz: KM Design, Berlin

Druck: Ueberreuter Tschechien

ISBN: 3-89706-603-3

Preis: € 19,90

Die Internetseite zum Buch: [www.bernd-hamm.uni-trier.de](http://www.bernd-hamm.uni-trier.de)

Die Deutsche Bibliothek-CIP-Einheitsaufnahme

**Bernd Hamm**

Die soziale Struktur der Globalisierung;

Hamm, Bernd - Berlin:

Kai Homilius Verlag, 2006

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>15</b>
<b>Vorklärungen</b> .....	<b>21</b>

<b>1. Gesellschaft, Sozialstruktur, Zukunftsfähigkeit</b> .....	<b>23</b>
1.1 Was ist Gesellschaft? .....	23
1.1.1 Definition von Gesellschaft .....	23
1.1.2 Gesellschaftsbilder .....	27
1.2 Sozialstruktur .....	34
1.2.1 Sozialstruktur und Sozialstrukturanalyse .....	34
1.2.2 Struktur – Verhalten – Handeln .....	37
1.2.3 Globalisierung .....	38
1.3 Erkenntnisinteresse: Zukunftsfähigkeit .....	40
1.3.1 Globale Krise .....	40
1.3.2 Zukunftsfähige Entwicklung .....	41
1.3.3 Gesellschaft als Stoffwechsel .....	44
1.3.4 Was ist Umwelt? .....	47
1.3.5 Menschenbild .....	50
1.3.6 Gesellschaftsbild .....	51
1.4 Zusammenfassung .....	52

<b>Globale Probleme</b> .....	<b>53</b>
-------------------------------	-----------

<b>2. Ökologische Krise</b> .....	<b>57</b>
2.1 Vom Ersten Bericht an den Club of Rome 1972 zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 .....	57
2.2 Ressourcenbelastung .....	62
2.3 Artenvielfalt .....	67
2.4 Klimawandel .....	73
2.5 Gesundheit und Ernährung .....	78
2.6 Tragfähigkeit .....	81
2.7 Zusammenfassung .....	85

<b>3. Ökonomische Krise</b> .....	<b>87</b>
3.1 Theorie, Indikatoren, Datenkritik .....	87
3.2 Wirtschaftskrisen, Handelskonflikte, Schuldenkrisen .....	91
3.2.1 Krisen und Kriege und die Wirtschaftsintegration der Nachkriegszeit .....	92
3.2.2 Wirtschaftskrise, Ölpreisschock und Nord-Süd-Konflikt .....	94
3.2.3 Neue Internationale Arbeitsteilung? .....	95
3.2.4 Die Verschuldung der Entwicklungsländer – eine Krise ohne Ende? .....	98
3.2.5 Soziale und ökologische Folgen .....	101
3.2.6 Neue Ungleichheiten auch in Europa .....	104
3.2.7 Aufschwung des Kapitalexports, Asienkrise, Aktiencrash .....	105
3.2.8 Zunehmende Handels- und Währungskonflikte .....	110

<b>4. Bevölkerung</b> .....	<b>113</b>	7.2.2.3 Erweiterung .....	225
4.1 Theorie, Konzepte, Indikatoren, Datenkritik .....	113	7.2.2.4 Nachhaltige Entwicklung? .....	225
4.1.1 „Natürliche“ Bevölkerungsbewegung .....	115	7.2.3 Deutschland .....	227
4.1.2 Räumliche Bevölkerungsbewegung: Migration .....	117	7.2.3.1 Wirtschaftsstruktur .....	227
4.1.3 Datenkritik .....	120	7.2.3.2 Der Staat und Interessenverbände .....	229
4.2 Bevölkerungswachstum als globale Herausforderung .....	122	7.2.3.3 Nachhaltigkeit: einerseits ... ..	231
4.3 Alterung der Industrieländer .....	129	7.2.3.4 ... und andererseits .....	233
4.4 Migration und Multikulturalität .....	132	7.3 Zusammenfassung .....	235
4.4.1 Weltweite Ursachen von Migration und ethnischen Konflikten ..	132		
4.4.2 Europäische Wanderungsprozesse und -beschränkungen .....	134	<b>8. Politik</b> .....	<b>237</b>
4.4.3 Multikulturalität europäischer Gesellschaften .....	136	8.1 Zur Theorie politischer Institutionen .....	237
4.4.4 Migration und Multikulturalität als gesellschaftliche		8.1.1 Theorien und Begriffe .....	237
Herausforderung .....	139	8.1.2 Ideologischer Paradigmenwandel .....	244
4.5 Krise .....	141	8.2 Zusammenhang der drei Gesellschaften .....	246
4.6 Zusammenfassung .....	142	8.2.1 Weltgesellschaft: Das System der Vereinten Nationen .....	246
		8.2.2 Europa .....	250
<b>5. Soziale Ungleichheit</b> .....	<b>145</b>	8.2.2.1 Die Europäische Union .....	250
5.1 Theorie, Konzepte, Indikatoren, Datenkritik .....	145	8.2.2.2 Die NATO .....	258
5.1.1 Theoretische Ansatzpunkte der Ungleichheitsforschung .....	145	8.2.3 Deutschland .....	259
5.1.2 Theorie, Konzepte und Indikatoren .....	148	8.2.3.1 Rekrutierung des politischen Führungspersonals und	
5.1.3 Methodische Hinweise und Datenkritik .....	155	gesellschaftliche Elite .....	260
5.2 Ungleichheit empirisch .....	159	8.2.3.2 Staatsversagen .....	265
5.2.1 Weltgesellschaft .....	159	8.3 Zusammenfassung .....	270
5.2.2 Europa .....	163		
5.2.3 Deutschland .....	166	<b>9. Medien</b> .....	<b>271</b>
5.3 Zusammenfassung .....	172	9.1 Theorie .....	271
		9.2 Zusammenhang der drei Gesellschaften .....	280
<b>6. Anomie</b> .....	<b>173</b>	9.2.1 Weltgesellschaft .....	280
6.1 Theorie, Konzepte, Indikatoren, Datenkritik .....	173	9.2.2 Europa .....	285
6.1.1 Theorie .....	173	9.2.3 Deutschland .....	288
6.1.2 Konzepte, Indikatoren, Datenkritik .....	177	9.3 Zusammenfassung .....	294
6.2 Erosion zivilisierter Verkehrsformen .....	179		
6.2.1 Individuell anomisches Verhalten .....	180	<b>10. Soziale Sicherung</b> .....	<b>297</b>
6.2.2 Gesellschaftliches anomisches Verhalten .....	182	10.1 Theorie .....	297
6.2.3 Anomie weltweit .....	191	10.2 Zusammenhang der drei Gesellschaften .....	300
6.3 Zusammenfassung .....	194	10.2.1 Weltgesellschaft .....	300
		10.2.2 Europa .....	305
<b>Institutionen</b> .....	<b>197</b>	10.2.3 Deutschland .....	306
		10.2.3.1 Grundlagen und Entwicklungstendenzen .....	306
<b>7. Wirtschaft</b> .....	<b>201</b>	10.2.3.2 Das heutige System der Sozialversicherung .....	308
7.1 Zur Theorie wirtschaftlicher Institutionen .....	201	10.2.3.3 Einschnitte .....	312
7.2 Zusammenhang der drei Gesellschaften .....	210	10.2.3.4 Perspektiven .....	314
7.2.1 Weltwirtschaftsordnung .....	210	10.3 Zusammenfassung .....	316
7.2.1.1 Die Gruppe der Sieben .....	217		
7.2.1.2 Internationaler Währungsfond und Weltbank .....	218	<b>11. Zukünfte</b> .....	<b>319</b>
7.2.1.3 Die Welthandelsorganisation .....	220	11.1 Szenario .....	320
7.2.2 Europäische Union .....	221	11.2 Szenario: Status quo-Extrapolation .....	321
7.2.2.1 Die Gemeinschaftspolitiken .....	222	11.3 Alternativen .....	325

## 5. Soziale Ungleichheit

Andrea Hense und Bernd Hamm

### 5.1 Theorie, Konzepte, Indikatoren, Datenkritik

#### 5.1.1 Theoretische Ansatzpunkte der Ungleichheitsforschung

*Die Menschen sind nicht gleich, aber gleichwertig* – so haben wir unser Menschenbild formuliert (→ Kapitel 1,3,5). Also haben alle grundsätzlich das gleiche Anrecht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und die Geltung der Menschenrechte. Dies wurde nicht immer in der Geschichte so gesehen; es ist die wohl wichtigste Errungenschaft unserer zivilisatorischen Entwicklung, festgehalten in internationalen Vereinbarungen und nationalen Verfassungen, ständig wiederholt von den Regierungen vieler Länder. Im Konzept der Nachhaltigkeit wird das nicht etwa neu erfunden oder relativiert, sondern im Gegenteil bestätigt und mit der Forderung nach intergenerativer Gerechtigkeit auf die zukünftige Verteilung von Lebenschancen erweitert. In diesem Kapitel wollen wir untersuchen, ob das in der empirischen Wirklichkeit auch gilt. Wenn dem nicht so ist, müssen wir dafür Erklärungen finden. Wir müssten weiter prüfen, ob unsere gesellschaftlichen Institutionen geeignet sind, die Forderung einzulösen und Gleichwertigkeit durchzusetzen. Leisten sie das nicht, dann hätten wir eine Krise im Sinn unserer Definition vor uns.

Die empirische Erforschung sozialer Ungleichheit gehört seit den Anfängen der Soziologie zu den zentralen Anliegen der Disziplin. Dabei sind die *Theorien, Beschreibungen und Analysen zu keiner Zeit einheitlich und unumstritten* gewesen. Sie verändern sich nicht nur nach theoretischem Blickwinkel und erkenntnisleitender Fragestellung<sup>1</sup>, sondern zudem aufgrund der geschichtlich bzw. regional variierenden gesellschaftlichen Bedingungen<sup>2</sup>. Dennoch gibt es einige *grundlegende* Aspekte, die für den soziologischen Gebrauch des Begriffes „soziale Ungleichheit“ zentral sind. Zum einen verlangt er die *Bildung von wenigstens zwei Kategorien*, die sich aufgrund unterschiedlicher Ausprägungen mindestens eines Merkmals unterscheiden (z.B. Männer und Frauen oder Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht). Die Mitglieder einer Kategorie werden als unter-

1 – So können beispielsweise Ursachen, Funktionen oder Folgen sozialer Ungleichheit studiert werden, wobei unterschiedliche theoretische Blickwinkel verschiedene Untersuchungsdesigns bedingen und folglich jeweils spezifische - und das bedeutet - ausgewählte Aspekte sozialer Ungleichheit thematisiert werden.

2 – In einer Agrar-, Industrie- oder Dienstleistungsgesellschaft (vgl. Kneer et al. 2001) sind unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen dominant. Je nach Gesellschaft können somit andere Formen sozialer Ungleichheit ausgemacht werden. Hradil (2001, 95-145) stellt die historische Entwicklung in Deutschland überblicksartig dar. Untersuchungen indischer Kasten verdeut-

einander gleich und von Mitgliedern einer anderen Kategorie als verschieden betrachtet. Zum anderen verweist der Terminus „soziale Ungleichheit“ darauf, dass es sich nicht um natürliche, sondern um *soziale Merkmale* handelt. Askriptive (z.B. die Körpergröße) oder erworbene (z.B. der ausgeübte Beruf) Unterschiede zwischen Menschen fallen nur dann unter den Begriff, wenn ihnen eine ungleichheitsrelevante Bedeutung im sozialen Miteinander zukommt.

Während sich über die Differenz gleich/ungleich jedwede Form der Andersartigkeit zwischen Menschen thematisieren lässt, bezieht sich „*soziale Ungleichheit*“ nur auf die Konstellationen, von denen zu erwarten ist, dass sie in einer Gesellschaft relativ allgemeingültig und dauerhaft begünstigen oder benachteiligen. Die Verschiedenheiten sind demnach gesellschaftlich bewertet. Dies kann sich materiell ausdrücken, dann ist damit die Zuteilung von wertvollen Dingen verknüpft, oder immateriell, dann geht es um Ansehen, Wertschätzung, Einfluss (Status). Wenn Unterschiede als gleichwertig angesehen werden und mit geringen Machtdivergenzen verbunden sind (z.B. verschiedene handwerkliche Berufe), dann sprechen wir eher von Differenzierung. Wenn sie aber auf einer besser/schlechter Kategorisierung beruhen und deutliche Machtunterschiede (→ Institutionen) zeigen, dann geht es um soziale Ungleichheit. Prozesse sozialen Wandels können zu Modifikationen der Ungleichheitsdefinitionen und -strukturen führen. Daher ist jede Form sozialer Ungleichheit nur von eingeschränkter Dauer und prinzipiell veränderbar.

Was mit diesen „wertvollen Dingen“ gemeint ist, mag in jeder Gesellschaft anders sein: In einer Gesellschaft könnten eine Plastiktüte von Harrods oder eine Jeanshose als besonders wertvoll angesehen werden, die in einer anderen gar nichts gelten. In einer Gesellschaft mögen Ärzte über ein hohes Einkommen und einen hohen sozialen Status verfügen, in einer anderen könnte der Status hoch, das Einkommen aber gering sein. In einer Gesellschaft verleiht Alter hohes Ansehen, in einer anderen ist es bloß eine Last. In einer Gesellschaft wird Geld als außerordentlich begehrenswert erachtet, in einer anderen kann es relativ bedeutungslos sein. Ebenso ist (sauberes) Wasser in einigen Regionen ein knappes und begehrtes Gut, während dies für andere Regionen nicht zutrifft. Umgekehrt ist in Gesellschaften, in denen fast alle Mitglieder ein Telefon oder ein Bankkonto besitzen, ihr Fehlen höchst ungleichheitsrelevant. Auch die eigenständige Verfügung über Zeit und Raum wird in verschiedenen Kontexten unterschiedlich bewertet<sup>3</sup>.

Soziale Ungleichheit ist ein mehrdimensionales Phänomen, das in jeder Gesellschaft anders zu bestimmen ist. Wenn Lebensbedingungen oder Ressourcen gewissen Mitgliedern einer Gesellschaft mehr Vor- bzw. Nachteile bei der Lebensgestaltung einräumen als anderen, dann bezieht sich das auf Werte und Normen, die durch *Vorstellungen vom guten/würdigen Leben* begründet sind. Die Diskussion um relative Armut und eine sozio-kulturell festgelegte Armutsgrenze<sup>4</sup> kann hier eingeordnet werden. Allerdings macht sie darauf aufmerksam, dass *jeder Relativismus dort seine Grenzen hat*, wo es um das physi-

sche Überleben, also um absolute Armut geht. Hier sind Unterschiede zwischen Gesellschaften minimal. Jeder benötigt ausreichend Nahrung, Kleidung, Wohnung, Sicherheit und Gesundheit. Hinzu kommt, dass *Gesellschaften intern heterogen* sind und daher unterschiedliche Rangordnungssysteme bestehen und jeder Mensch verschiedenen Teilgesellschaften angehört. Wenn z.B. angenommen wird, in Deutschland seien Einkommen, Bildungsabschluss und Berufsstatus relevante Merkmale für die Einteilung in Schichten, dann muss dies noch lange nicht für türkische Gemeinschaften innerhalb der deutschen Gesellschaft gelten. Vor unbedachten Verallgemeinerungen wird also gewarnt!

Zwei Aspekte sozialer Ungleichheit sind für die Entstehung von Konflikten aufgrund ungleicher Lebensbedingungen von entscheidender Bedeutung: Die *objektive* Seite bezieht sich auf die tatsächlich verfügbaren Mittel und Privilegien. Ihr steht die *subjektive* Seite gegenüber, d.h. die Einschätzung des eigenen Wertes in der Gesellschaft sowie die generelle Wahrnehmung und Beurteilung der Ungleichheit. Diese lässt Aussagen über die gesellschaftliche Legitimation der Ungleichheit oder ihre subjektive Verarbeitung zu. Dabei sind nicht selten Diskrepanzen zwischen der objektiven und der subjektiven Ebene festzustellen. Hinzu kommt, dass *jeder Mensch in mehrere, teilweise ganz unterschiedliche Ungleichheitsverhältnisse einbezogen* ist: Wer in der Familie „der Boss“ ist, mag am Arbeitsplatz eine ganz untergeordnete, im Verein wieder eine andere Rolle spielen. Der Lokalmatador ist in der Landeshauptstadt vielleicht nur eine ganz kleine Nummer und traut sich kaum, seine Meinung zu sagen. Im soziologischen Sinn bezieht sich soziale Ungleichheit sowohl auf den objektiven als auch auf den subjektiven Bereich und ihr wechselseitiges Verhältnis.

Wenn Ungleichheit viele Dimensionen hat, so lässt sich nur am jeweiligen Erkenntnisinteresse entscheiden, welche für die vorliegende Forschungsfrage wie wichtig ist. Wer die Kontrolle über gesellschaftlich hoch bewertete und begehrte Ressourcen (z.B. Geld oder Einfluss) hat, der hat auch die Möglichkeit, anderen ihre Position zuzuweisen, oder mit anderen Worten: der hat auch Macht über andere (→ Institutionen). Er kann die Gewährung von Privilegien abhängig machen von Leistungen, z.B. vom Gehorsam gegenüber seinen Anordnungen. *Macht ist daher ein zentraler Strukturbegriff*: Ohne den Aspekt der Macht würde eine Analyse von Ungleichheit lediglich unterschiedliche Verteilungen irgendwelcher Dinge feststellen, ohne damit deren strukturelle Bedeutung – das „relativ stabile Beziehungsgeflecht zwischen Einheiten“ (→ Kap. 1.2.1) – verstehen zu können.

Den *dynamischen Gesichtspunkt von Ungleichheit* bezeichnet man als soziale (im Gegensatz zur räumlichen) Mobilität, wenn es sich um den *individuellen* Auf- oder Abstieg in der gesellschaftlichen Hierarchie handelt. Im individuellen Lebenslauf können sowohl der *Zeitpunkt* von Ereignissen (Eintritt in die Arbeitslosigkeit im Jugend- oder fortgeschrittenen Alter) als auch die *Dauer* von Zuständen (Dauerarbeitslosigkeit) für Benachteiligungen ausschlaggebend sein. Die Dynamik kann sich aber auch *strukturell* in einem Wandel der Art der Ungleichheit (Schicht, Klasse, Zentrum-Peripherie etc.), der Spannweite der Ungleichheit oder der Verschärfung bzw. Nivellierung von Gegensätzen ausdrü-

einer Gesellschaft verschärfen und von *Nivellierung*, wenn sie sich verringern. Es hängt dann von den zugrunde gelegten Bewertungskriterien ab, wann eine quantitative Veränderung in einen qualitativen Wechsel umschlägt und neue Ungleichheitsformen auszumachen sind.

### 5.1.2 Theorien, Konzepte und Indikatoren

Wenn wir soziale Ungleichheit untersuchen wollen, dann können wir „naiv“ an unser Thema herangehen und einfach beschreiben, was sich an Unterschieden feststellen lässt: Alter, Geschlecht, Religion, Körpergröße, Haar- und Hautfarbe, Vermögen – d.h. wir könnten eine unendliche Liste von Merkmalen verwenden und wüssten doch nicht, welches aus welchen Gründen mehr oder weniger wichtig ist. Daher sind Erkenntnisinteressen und Theorien so zentral. In Wirklichkeit können wir derart „naiv“ gar nicht beobachten, weil wir durch Sozialisation und Erfahrung Vorstellungen von diesem „oben“ und „unten“ haben, also Alltagstheorien, die uns als Wegweiser dafür dienen, was wir als wesentlich festhalten (z.B. Einkommen) und als unwesentlich vernachlässigen (z.B. die Schuhgröße). In der Soziologie gibt es eine reiche Literatur zu Theorien sozialer Ungleichheit. *Dabei haben sich drei theoretische Modelle durchgesetzt*, die jeweils für sich in Anspruch nehmen, soziale Ungleichheit zu erklären und einen unterschiedlichen Fokus auf die Gesellschaft richten: die Klassentheorie, die Theorie der sozialen Schichtung und die Theorie der individualisierten Lebenslagen. Wir können nicht von vornherein sagen, ob der eine oder der andere Ansatz richtig oder falsch ist oder ob gar alle drei zusammen verwendet werden müssen, um unsere Gesellschaft zu verstehen. Um den Wahrheitsgehalt prüfen zu können, müssen wir Hypothesen formulieren und sie empirisch testen. Eine Theorie ist umso besser, je genauer die Hypothesen, die sich aus ihr ableiten lassen, die empirische Wirklichkeit beschreiben.

Die *Klassentheorie* ist in der dialektisch-marxistischen Wissenschaftsauffassung zu Hause. Die *Klassengesellschaft* ist das Ergebnis einer bestimmten Abfolge historischer Umwälzungen. In Stammesgesellschaften gibt es nur eine niedrige Stufe der Arbeitsteilung, *Subsistenzwirtschaft* herrscht vor, das vorhandene Eigentum ist gemeinsamer Besitz der Gesellschaftsmitglieder und daher gibt es keine Klassen. Die *Ständestruktur* des Feudalismus vermittelt sich über persönliche Loyalitätsbindungen, die rechtlich abgesichert sind. In diesen Beziehungen verschmelzen ökonomische, politische und persönliche Faktoren miteinander. Darüber hinaus basiert dieses System hauptsächlich auf der begrenzten lokalen Gemeinde, und die Produktion ist vorrangig auf deren bekannte Bedürfnisse abgestimmt. Mit der technischen Entwicklung, der Ausweitung der Arbeitsteilung und dem Anwachsen des Privateigentums an Produktionsmitteln geht die Erzeugung eines Mehrprodukts einher. Dieses wird von einer Minderheit von Nicht-Produzenten (Kapitalisten) angeeignet, die der Mehrheit der Produzenten (lohnabhängig Beschäftigte) in einem Ausbeutungsverhältnis gegenüberstehen. Ein neues, auf der Manufaktur in den Städten basierendes *Klassensystem* ersetzt die agrarische Struktur feudaler Herrschaft. Diese Umwälzung basiert auf dem teilweisen Ersatz einer Art des Eigentums an Produktionsmitteln

Klassen haben ihre Grundlage in wechselseitigen Verhältnissen von Abhängigkeit und Konflikt. Die gegenseitige Abhängigkeit ist asymmetrisch und der Klassenkonflikt bezieht sich auf den Interessengegensatz, der in der Ausbeutung angelegt ist: *Klassen sind Konfliktgruppen*. Der Konflikt ist *antagonistisch*: Innerhalb der Logik des kapitalistischen Gesellschaftsmodells ist er nicht aufhebbar, er kann nur durch die Änderung des Systems selbst überwunden werden. Die heutigen kapitalistischen Gesellschaften haben ihn durch korporatistische (z.B. Tarifverhandlungen) und wohlfahrtsstaatliche Arrangements entschärft, aber nicht aufgehoben.

Eine Klasse wird nur dann eine wichtige gesellschaftliche und politische Kraft, wenn sie einen unmittelbar politischen Charakter annimmt und Brennpunkt gemeinsamer Aktion wird. Das ist selbst dann nicht notwendig der Fall, wenn alle objektiven Merkmale der Klassenteilung gegeben sind, nach Marx also eine *„Klasse an sich“* besteht. Nur unter bestimmten Bedingungen entwickelt sich aus der Klassenzugehörigkeit auch ein gemeinsames handlungsleitendes Bewusstsein, d.h. sie wird auch subjektiv zum Antrieb für Handeln. Dies bezeichnet Marx dann als *„Klasse für sich“*. Ihre äußere Form ist die Organisation, z.B. in Gewerkschaften und politischen Parteien.

In jedem Augenblick, in dem sich die Machtverhältnisse zwischen den beiden Klassen ändern, kommt es erneut zum *Kampf um den jeweiligen Anteil am Mehrwert* – z.B. in Tarifaueinandersetzungen, Streiks und Verhandlungen um sozial-, arbeitsschutz- oder mietrechtliche Regelungen. Basis des Klassenantagonismus ist das *Privateigentum an Produktionsmitteln*: Obleich alle gleichermaßen Produktionsmittel benötigen, um ihre Existenz zu sichern, sind diese durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Eigentum und Verfügungsgewalt von Wenigen, die daraus ihren Profit ziehen. In den Augen des Unternehmers ist die Arbeit – ja ist der Arbeiter selbst – zum bloßen Kostenfaktor, zur Ware geworden. An dieser interessiert – wie an anderen Waren auch – nur der Tauschwert, so dass sie unter Kostenminimierungsdruck gerät (→ Kap. 7.1). Nur so ist zu erklären, dass gerade auch Unternehmen mit hohen Gewinnen und Gewinnzuwachsen Beschäftigte entlassen. Die Situation ist paradox: Der Mehrwert, den die Lohnabhängigen erwirtschaften, dient nicht nur der Kapitalakkumulation, sondern auch der Aufrechterhaltung des Klassenverhältnisses und damit der Ausbeutung und schließlich Verelendung des Arbeiters und, da die Kapitalisten auch in Konkurrenz gegeneinander stehen, dem Rückgang der Profite. Der Staat ist in diesen Zusammenhang unlösbar eingewoben, ein „Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“<sup>55</sup>. In den wohlhabenden Ländern ist der antagonistische Konflikt am deutlichsten sichtbar institutionalisiert in *Tarifaueinandersetzungen*. Dort steht die Seite der Produktionsmittelbesitzer (Arbeitgeberverbände) der Seite der Lohnabhängigen (Gewerkschaften) gegenüber. Das obere Management (die leitenden Angestellten) führt keine Tarifaueinandersetzungen. Das Machtverhältnis zwischen beiden Seiten hängt insbesondere von der *Beschäftigungssituation* ab, also vom strukturellen Wandel, der Konjunkturlage und Branchenbedingungen: In

einer Situation der Überbeschäftigung wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren, wenn Arbeiter dringend gesucht werden, haben diese gute Chancen, im Einzelarbeitsvertrag übertarifliche Bedingungen auszuhandeln, so dass sie nicht auf die Gewerkschaft angewiesen sind. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gilt das nicht, allerdings sind dann auch die Gewerkschaften geschwächt, da ihre Machtbasis mit steigender Arbeitslosigkeit abnimmt. Sie müssen sich unter diesen Bedingungen oft mit Besitzstandswahrung oder sogar realen Verlusten abfinden. Die einzelnen Arbeiter riskieren gar, wegen der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, entlassen zu werden. In der Folge verlieren Gewerkschaften Mitglieder, was sich sofort auf ihre Streikfähigkeit und damit auf ihre Macht und Attraktivität auswirkt, wodurch weiterer Mitgliederschwund entsteht. So hat der DGB im Jahre 1995 rund 380.000 Mitglieder verloren und ist jetzt deutlich unter zehn Millionen Mitglieder abgesunken. Wenn es richtig ist, dass es keinen Weg zurück zur Vollbeschäftigung geben wird, ist freilich die Machtbasis der Gewerkschaften ohnehin am Schwinden.

Klassenverhältnisse sind notwendig ihrem Wesen nach labil. Die herrschende Klasse versucht, ihre Position zu stabilisieren, indem sie eine *Ideologie* hervorbringt, die ihre ökonomische und politische Herrschaft begründet und der untergeordneten Klasse erklärt, warum sie diese Unterordnung akzeptieren soll. Daher sagen Marx/Engels in der Deutschen Ideologie: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel der materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind“<sup>6</sup>.

Die *Zugehörigkeit zu einer Klasse* ist etwas anderes als ein statistisches Phänomen oder Artefakt: Sie *zeigt sich vielmehr in allen Bereichen des Lebens*: in Erziehung, Sprache, Kleidung, Sexualität, Ideologie, Verhalten, Zugehörigkeit zu Organisationen und Vereinen, Lebensstil, Essen, Vorlieben, Kontakten, Einfluss usw. Das sind eben nicht voneinander unabhängige Variablen. Die Fähigkeit oder Unfähigkeit zu „demonstrativem Konsum“ ist ein wichtiger Aspekt der Außendarstellung – auch an Statusmerkmalen wie Adresse, Auto, Urlaubsort etc. wird Teilhabe ausgedrückt, und dieses kostet Geld. Durch solche wie durch formale Merkmale – Eingangsprüfungen, Diplome, Mitgliedschaften, Einladungen – grenzt sich das, was sich selbst als „gute Gesellschaft“ definiert, von anderen ab. An kleinsten Details kann der Eingeweihte erkennen, ob jemand „dazugehört“ oder nicht<sup>7</sup>. Da Verfeinerungen und *Stilisierungen der Lebensweise* immer auch mit der Möglichkeit zusammenhängen, Geld auszugeben, ist das „oben“ und „unten“ einigermaßen klar definiert. Soziale Schließungsmechanismen gibt es auf beiden Seiten. Dadurch ist einerseits dafür

gesorgt, dass das System nicht durch allzu große Durchlässigkeit selbst fragwürdig wird, andererseits wird daraus, neben allen direkten und indirekten geschäftlichen Verbindungen, die *weltweite Einigkeit der Kapitalistenklasse* verständlich, die einer bestenfalls national fraktionierten lohnabhängigen Klasse gegenübersteht. Die Spitzen des Kapitals haben weltweit untereinander mehr gemeinsam als mit den arbeitenden Klassen ihrer eigenen Gesellschaft (→ Kap. 8.2.1).

Will man die Theorie zur Untersuchung der empirischen Wirklichkeit heranziehen, so darf man *nicht erwarten, dass die beiden theoretischen Hauptklassen in ungetriebener Form aufzufinden sind*. Thronte im 19. Jahrhundert der Fabrikherr noch in seiner pompösen Villa auf einem Hügel außerhalb des Werksgeländes, während das Proletariat sich in Dreck und Gestank abrackerte, so sind die Grenzen heute deutlich unschärfer geworden. Der Eigentümer eines Unternehmens ist oft abwesend und – als Besitzer von Aktien oder Geschäftsanteilen – anonym, jemand, den man weder sieht noch kennt und der selber vielleicht nicht einmal weiß, was sein Unternehmen produziert (so z.B. wenn er Anteile an Investmentfonds besitzt). Das Management, das über die Produktionsmittel verfügt, ist angestellt, gehört also formal zu den Lohnarbeitern. Es verhandelt seinen Lohn jedoch nicht im Tarifvertrag, sondern individuell, und nicht selten gehören Geschäftsanteile oder günstige Erwerbsoptionen zur Entlohnung dazu. Auf diese Weise wird zwar eine weitgehende Interessenidentität zwischen den Eigentümern und dem Management hergestellt, aber letzteres bleibt immer noch dem Aufsichtsrat und der Hauptversammlung unterstellt. Kleiner Aktienbesitz kommt darüber hinaus in allen Einkommensgruppen vor, insbesondere dort, wo die Alterssicherung ganz oder teilweise privat organisiert ist. Das mussten tausende von Menschen schmerzlich erfahren, deren Pensionskassen durch die großen Firmenzusammenbrüche der letzten Jahre (Enron, WorldCom usw.) empfindlich geschädigt worden sind. Es ist bei uns zwar selten, kommt aber vor, dass ein Arbeiter Aktien besitzt. Zwischen den beiden Hauptklassen existiert ferner ein Kleinbürgertum, das Merkmale beider Klassen zugleich tragen und dessen Klassenloyalität je nach anstehendem Problem wechseln kann: Mal fühlt sich der Manager als Lohnabhängiger, mal der Arbeiter als Eigentümer. Dennoch bleibt die Theorie des antagonistischen Klassenkonflikts fruchtbar, d.h. sie erlaubt uns, Hypothesen zu generieren und empirisch zu prüfen, die für das Verständnis unserer Gesellschaft bedeutend sind.

Die *Theorie der sozialen Schichtung* ist das bürgerliche Gegenmodell zur Klassentheorie<sup>8</sup>. Sie sucht Ungleichheit zu beschreiben, leugnet aber den antagonistischen Konflikt sowie das Ausbeutungsverhältnis und misst folglich dem Eigentum an Produktionsmitteln keine Relevanz zu. Stattdessen verwendet sie einkommens-, bildungs- und berufsbezogene Merkmale. Damit stützt sie sich auf mehrere Dimensionen sozialer Ungleichheit, wengleich dem Arbeitsmarkt – und insbesondere dem Beruf – eine zentrale Bedeutung eingeräumt wird. Die Einkommensvariable – zumeist das monatliche Netto-

Äquivalenzeinkommen<sup>9</sup> – soll die Verfügung eines Haushaltes über ökonomische Mittel zur Existenzsicherung berücksichtigen. Bildung wird als Ressource verstanden, welche die Aufnahme und den Erhalt der Erwerbsarbeit ermöglichen<sup>10</sup> und Gestaltungsspielräume (z.B. politische Partizipation, Networking) in anderen Lebensbereichen eröffnen kann<sup>11</sup>. Sie wird in der Regel über den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss operationalisiert, manchmal auch über die im Schulsystem verbrachten Jahre bzw. eine Kombination aus Schul- und Ausbildungsabschlüssen. Der Beruf gilt der Schichttheorie als „eine elementare Form der gesellschaftlichen Differenzierung auf der Grundlage von Arbeitsteilung und Spezialisierung des Wissens und der Fähigkeiten“<sup>12</sup>. Er symbolisiert dieser Ansicht nach das auf dem Markt angebotene Arbeitsvermögen von Personen<sup>13</sup>, auf welches das Wirtschaftssystem bei Bedarf zugreift, um es ökonomisch zu verwerten. Entsprechend sind mit dem Beruf bessere bzw. schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt verbunden, denn beruflich definierte Kriterien können Zugangsbarrieren zu Arbeitsmarktpositionen und damit auch zu Erwerbsmöglichkeiten bedeuten. Die Operationalisierung ist vergleichsweise kompliziert und daher auch nicht unumstritten. Zumeist werden Berufsprestige- oder Berufsstatusskalen verwendet<sup>14</sup>, welche entweder die Klassifikation der Berufe nach der Art der verrichteten Tätigkeit<sup>15</sup> oder der sozialrechtlichen Stellung (Arbeiter, Angestellte, Beamte etc.)<sup>16</sup> erfordern. Das Berufsprestige versucht, die soziale Wertschätzung der Berufe abzubilden<sup>17</sup>. Die Bedeutung solcher Indikatoren ist weder im Vergleich zwischen verschiedenen Gesellschaften identisch, noch ist das Maß für unsere eigene Gesellschaft sonderlich treffsicher. Konzeptuell liegt dem sozio-ökonomischen Status der Berufe die Annahme zugrunde, dass die Skalenwerte die beruflichen Eigenschaften messen, die Bildung in Einkommen umwandeln<sup>18</sup>. Der Beruf wird demnach als vermittelnde Variable verstanden. Da ihm in der Schichttheorie – gleich wie er operationalisiert wird – eine zentrale Stellung zukommt, verwenden manche Untersuchungen die Berufsskalen als einzige Schichtindikatoren<sup>19</sup>, andere hingegen stützen

9 – Beim monatlichen Netto-Äquivalenzeinkommen handelt es sich um ein Pro-Kopf-Haushaltseinkommen. Das bedeutet erstens, dass alle monatlichen Nettoeinkommen eines Haushaltes (neben Erwerbseinkommen auch Mieteinnahmen, Transferleistungen wie Kindergeld und Arbeitslosengeld etc.) zusammengerechnet werden. Zweitens sollen so genannte Bedarfsgewichte, die in Äquivalenzskalen aufgelistet sind (vgl. Krause, 1992, 7 sowie Hanesch et al., 2000, 48), dem Umstand Rechnung tragen, dass Basiskosten der Haushalte nicht für jede Person erneut in gleicher Höhe anfallen und altersspezifische Bedarfsunterschiede bestehen. Entsprechend wird das Haushaltseinkommen bei der Umrechnung auf ein Pro-Kopf-Einkommen gewichtet, indem es durch die Summe der Personengewichte dividiert wird.

10 – Böhnke, 2000, 471-479

11 – Geißler, 1990, 90ff

12 – Berger et al., 2001, 211

13 – Kurtz, 2001, 10

14 – Wolf, 1995

15 – Statistisches Bundesamt 1992; International Labor Office 1990

16 – Statistisches Bundesamt 1999

17 – Treiman 1977, Treiman 1979, Ganzeboom et al. 2003

18 – Ganzeboom et al., 1992; Ganzeboom et al., 2003

sich auf alle drei Variablen. Während neuere Forschungen auf eine Zusammenfassung dieser drei Merkmale in einem Schichtindex verzichten und zum Teil von einem Statuskontinuum ausgehen<sup>20</sup>, addieren andere die einzelnen Variablenwerte auf, aus denen sie eine nicht einheitlich definierte Anzahl von Schichten bilden<sup>21</sup>.

Die Schichtungstheorie ist ein am Modell westlich-kapitalistischer Gesellschaften gebildeter Ansatz zur Beschreibung sozialer Ungleichheit. Sie ist weder universell anwendbar, noch sind ihre Indikatoren im interkulturellen Vergleich verlässlich. In marxistischer Terminologie richtet sie sich auf die äußere *Erscheinungsform* sozialer Ungleichheit, während die Klassentheorie im antagonistischen Konflikt das innere *Wesen* der Ungleichheit sieht. Eine Variante der Schichttheorie behandelt soziale Ungleichheit vermeintlich „wertfrei“ beschreibend als *Verteilungsproblem*. Soziale Ungleichheit besteht nach dieser Position in der ungleichen Verteilung von Vor- und Nachteilen auf die Menschen in einer Gesellschaft. Eine theoretisch angereicherte Variante versteht Ungleichheit als Antwort auf die *Knappheit der Leistung*, die Menschen für die Gesellschaft erbringen. Durch größere Bildung, Disziplin, Anstrengung etc. kann soziale Ungleichheit durch Auf- oder Abstieg für Individuen verändert werden. Diese Position kann darauf verweisen, dass die kapitalistischen Gesellschaften keineswegs durch das proletarische Elend in die sozialistische Revolution getrieben worden sind, sondern im Gegenteil (wenn auch nur vorübergehend) zu weit verbreitetem Wohlstand und allgemeiner sozialer Sicherheit geführt haben. Dies wird nicht bestritten – es geht jedoch am Kern des von der Klassentheorie aufgezeigten Problems vorbei. Besteht nämlich nach wie vor ein Klassenantagonismus, dann sind diese Fortschritte ständig in Gefahr und lediglich einer – vielleicht nur vorübergehenden – Verschiebung der Machtbalance zu verdanken. Sobald die relative Macht der arbeitenden Klasse abnimmt, sind ihre Errungenschaften sofort wieder in Frage gestellt.

Dem widerspricht ein Ansatz, der mit *individualisierten Lebenslagen* argumentiert. In Stefan Hradil's Buch von 1987, „aus Verwunderung und Verärgerung“ darüber geschrieben, dass die Sozialstrukturanalyse in Deutschland auf der Basis völlig unzulänglicher Klassen- und Schichtmodelle betrieben werde, heißt es: „Sozialstrukturmodelle, die den Gegebenheiten fortgeschrittener Gesellschaften Rechnung tragen, sollten m. E. von dem handlungstheoretischen Grundgedanken ausgehen, nach dem die soziale Welt dann erschließbar wird, wenn dem Handeln, d.h. dem subjektiv sinnhaften Tun der Menschen nachgegangen wird“<sup>22</sup>. Der Vorteil eines solchen handlungstheoretischen Bezugsrahmens werde deutlich, wenn es darum gehe, Dimensionen sozialer Ungleichheit zu bestimmen. „So lässt sich zeigen, dass in den letzten Jahrzehnten in fortgeschrittenen Gesellschaften neben den ökonomischen mehr und mehr solche Lebensziele akzeptiert worden sind, die politisch-administrativ oder ‚gesellschaftlich‘ zu erreichen sind. Demzufolge hat sich auch der Kreis der Lebensbe-

21 – Der Nachteil dieser aggregierten Größen wurde schon früh erkannt und wird u. a. von Pappi (1979, 22-25) kritisiert.



dingungen beträchtlich erweitert, die es den Gesellschaftsmitgliedern erlauben oder versagen, diese ‚allgemeinen‘ Lebensziele in ihrem Handeln zu erreichen: Neben den Ungleichheitsdimensionen des Geldes, der formalen Bildung, der Macht und des Berufsprestiges sind die Dimensionen der sozialen Sicherheit (Risiken und Absicherungen), der Arbeits-, Freizeit- und Wohnbedingungen, der Partizipationschancen, der integrierenden oder isolierenden sozialen Rollen sowie der Diskriminierung und Privilegien im täglichen Umgang mit Mitmenschen zu berücksichtigen<sup>23</sup>. Den meisten Menschen würden Vor- und Nachteile zugleich zuteil. Dies könnten weder die beschreibenden Schichtmodelle noch die erklärenden Klassentheorien abbilden. Erforderlich sei vielmehr, die jeweiligen Kombinationen ungleicher Lebensbedingungen in ihrer Komplexität zu sehen und sie als Kontexte von Handlungsbedingungen zu interpretieren. Die „Freiräume und Barrieren der Austauschbarkeit von Handlungsbedingungen“ seien gesellschaftlich vorgegeben, oder einfacher: Institutionen unterschiedlich zugänglich. „Demnach bietet es sich an, *typische soziale Lagen* ... zu identifizieren“<sup>24</sup>. Deren Vorteil in der empirischen Analyse bestünde darin, „wesentlich mehr Informationen zu erlangen als durch die starren Schichtkonzepte“<sup>25</sup>.

Es geht Hradil also um eine differenziertere Beschreibung. Er vermeidet es jedoch – was Schichtmodelle immerhin noch getan haben – Unterschiede zwischen den Handlungsbedingungen z.B. nach ihrer Wichtigkeit zu machen. Er fragt weder – wie die Schichtungstheorie – ob es systematische Korrelationen zwischen den einzelnen Merkmalen der Lebensbedingungen gibt, noch – wie die Klassentheorie – woher diese kommen und wie sie sich auswirken. „Fortgeschrittene Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Mitglieder auf der einen Seite mehr subjektive Autonomie denn je zuvor haben, auf der anderen Seite in individuell kaum beeinflussbare strukturelle Zusammenhänge eingespannt sind“<sup>26</sup>. So wie bei den unterschiedlichen Dimensionen der Lebensbedingungen, so wird auch bei den subjektiven und objektiven intervenierenden Faktoren grundsätzlich Unabhängigkeit unterstellt. Kommt es dennoch, was in der Wirklichkeit nicht selten der Fall sei, zu „typischen Kombinationen“ solcher Faktoren, dann spricht Hradil von sozialen Milieus, definiert als „Gruppen von Menschen, die solche äußeren Lebensbedingungen und/oder innere Haltungen aufweisen, dass sich gemeinsame Lebensstile herausbilden. *Soziale Milieus* sind unabhängig von sozialen Lagen definiert, weil sich Lebensstile in fortgeschrittenen Gesellschaften immer häufiger unabhängig von der äußeren Lage entfalten“<sup>27</sup>.

Hradil löst damit den in der Klassentheorie behaupteten inneren Zusammenhang von Bewusstsein und Sein auf, er trennt beide und beschreibt sie durch Bündel von Variablen. Das sind Merkmale, die ohne inneren Zusammenhang zuweilen zufällig „typische Kombinationen“ eingehen können, aus denen sich dann gemeinsame Lebensstile vermuten lassen. Damit ist der *innere Zusammen-*

*hang von Gesellschaft zerrissen*. Ideologisch wird impliziert, Klassenantagonismen bestünden nicht (mehr), jeder nutze seine Wahlfreiheiten, es sei jeder quasi selbst verantwortlich für die Lage, in der er sich gesellschaftlich befindet. Gesellschaft sei ein Aggregat, eine Summe unterschiedlicher und zueinander auch weitgehend beziehungsloser Individuen ohne Bindung an größere Kollektive. Die Pluralisierung oder Individualisierung von Lebensstilen ist eine diesem „Entstrukturierungs“-Ansatz inhärente Vorstellung. Hier wird gerade das aufgegeben, was sich an „Gesellschaft“ zu verstehen lohnt. Auf ein kausales, inhaltlich erklärendes oder begründendes Argument wird ausdrücklich verzichtet<sup>28</sup>. Das ist die Strukturanalyse eines Marktforschers, der daran interessiert ist, mit möglichst geringem Werbeaufwand ein Produkt zu verkaufen. Diese Affinität verschweigt Hradil auch gar nicht: „... habe ich in Anlehnung an die o.a. kommerziellen ‚Lebensweltanalysen‘ acht Milieus unterschieden“<sup>29</sup>.

Der Ansatz ist betont *handlungstheoretisch*, d.h. mikroanalytisch ausgerichtet und hängt eng zusammen mit Diskussionen über Prozesse des Wertewandels und der Individualisierung. Sein *Gegenstand* ist also ein anderer als der dieses Buches (→ Kapitel 1.3). Aber er bezieht auch ideologische Position: Es ist leicht zu verstehen, dass die Klassentheorie in einer Gesellschaft heftig umstritten sein muss, die einerseits kapitalistisch verfasst ist, sich andererseits aber selbst als gerecht, gleich und sozial ausgibt. Schon der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ soll ja suggerieren, dass wir mit dem Kapitalismus alter Prägung – demjenigen, der das proletarische Elend der Frühindustrialisierung hervorgebracht hat – nichts mehr gemein haben und dass *von Klassengesellschaft bei uns keine Rede* sein kann. Angeblich ist der Kapitalismus human und sozial geworden, und daher gibt es keinen Klassenkampf mehr, sondern vernünftigen Interessenausgleich.

Wenn die herrschende Klasse ihre Position zu stabilisieren sucht, indem sie eine *legitimierende Ideologie* hervorbringt und stützt, dann müssen wir erwarten, dass zwischen objektiven Klassenverhältnissen und ideologischer Selbstinterpretation einer Gesellschaft ein Widerspruch besteht. Die herrschende Klasse wird alles versuchen, um die Existenz von Klassen und Klassenantagonismen zu leugnen, und sie wird sich dazu insbesondere der Wissenschaft und der Massenmedien bedienen, die sie (als Produktionsmittel) kontrolliert. Sie wird versuchen, den Klassenkampf als rationale, pluralistische und gleichgewichtige Auseinandersetzung zu interpretieren, in der die Ratio – Wachstum, Produktivität, Lohngefälle, Wettbewerbsfähigkeit – auf ihrer Seite steht und möglichst von niemandem in Zweifel gezogen wird.

### 5.1.3 Methodische Hinweise und Datenkritik

Wenn wir an die empirische Untersuchung von sozialen Ungleichheiten gehen wollen, müssen wir zunächst Indikatoren definieren, deren Bedeutung in einem theoretischen Kontext steht. Prinzipiell kann objektive soziale Ungleichheit durch Merkmale ausgedrückt werden, die in einer Gesellschaft (a) verschie-

23 – ebd., 10

24 – ebd., 11

25 – ebd.

26 – ebd.

28 – S. 11, 130

dene Ausprägungen annehmen können, (b) sich auf bewertete Differenzen und somit auf Macht- bzw. Abhängigkeitsbeziehungen beziehen und (c) auf gesellschaftlich stabilisierte Unterschiede verweisen, die relativ allgemeingültig und dauerhaft begünstigend oder benachteiligend wirken. Unsere theoretische Auseinandersetzung hilft uns noch weiter: Klassentheoretisch zentral sind das Eigentum an und die Verfügung über Produktionsmittel auf der einen Seite, die Verteilungsrelation des Mehrwertes auf der anderen Seite. Hinzukommen muss die Definition von mindestens zwei Klassen und der Nachweis ihres Verhältnisses als antagonistischer Konflikt. Die Rolle des Staates untersuchen heißt, Argumente dafür zu finden, auf welcher Seite im Klassenkonflikt er steht.

Was in der logischen Ableitung schlüssig und einfach aussieht, stößt freilich schon bald auf erhebliche Schwierigkeiten. Es gibt kein statistisches Jahrbuch, in dem sich nachschlagen ließe, wem welche Produktionsmittel gehören oder wer über sie verfügt. Auch der Mehrwert und seine Verteilung werden nicht amtlich erhoben und berichtet. Für all dies lassen sich nur mehr oder weniger gut geeignete Annäherungen finden, die jeweils wieder mit besonderen Problemen einhergehen, von denen wir nachfolgend einige erörtern möchten.

Bei aller Raffinesse der Indikatorenbildung darf die meist schlechte Datenqualität nicht übersehen werden. Wer z.B. Armut – so wie die Weltbank<sup>30</sup> in ihren Weltentwicklungsberichten – mit dem Indikator „weniger als ein (oder zwei) Dollar am Tag“ messen will, der vergisst, dass ein solcher Indikator nur dann etwas aussagt, wenn er in Relation zum Preisniveau gesetzt wird. In vielen Entwicklungs- und Transformationsländern – und dort vor allem in den Städten – unterscheiden sich die Preise kaum von denen in westlich-kapitalistischen Ländern (für die übrigens eine andere Armutsschwelle gilt, nämlich zwölf Dollar pro Tag)<sup>31</sup>. Dazu kommt der Umstand, dass das Geldeinkommen in unterschiedlichen Gesellschaften völlig Verschiedenes aussagt, weil sie ganz unterschiedlich weit durchkommerzialisiert sind. Auch die Industrieländer sind nicht homogen: Mit wachsender Armut gibt es überall – auch in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften – Sektoren, die mit wenig Geld auskommen, weil sie Naturaltausch vorziehen (müssen) und sei es in der modernen Form von Tauschringen (→ Kapitel 11.4.1)<sup>32</sup>. Es versteht sich von selbst, dass sich Schwächen in der Angabe der Einkommen auf statistische Kennwerte wie den Gini-Koeffizienten<sup>33</sup> auswirken und damit Aussagen zur ungleichen Verteilung des Einkommens unpräzise werden lassen. Auf der anderen Seite sagt der oft verwendete Indikator Sozialprodukt pro Kopf weder etwas über die Qualität des

Wohlstands noch etwas über seine Verteilung – es ist ein reiner statistischer Durchschnitt<sup>34</sup>.

Je nach Einkommensquelle lassen sich Erwerbseinkommen, Besitz- oder Vermögenseinkommen (Sparguthaben, Vermietung, Unternehmensbesitz etc.) sowie Transfer- oder Sozialeinkommen (Kindergeld, Arbeitslosengeld, staatliche Rente etc.) voneinander unterscheiden. Noch nicht berücksichtigt sind dabei Sachbezüge (Deputate, geldwerte Vorteile), die entweder Geldausgaben sparen oder in Geld verwandelt werden können. Einkommensvariablen sind in diversen amtlichen und nicht-amtlichen Statistiken enthalten. Allerdings lassen sich die Daten zumeist nicht verknüpfen, so dass Zusammenhänge schwer aufzudecken sind. Darüber hinaus ist fraglich, ob die Merkmale den Erfordernissen der Untersuchung entsprechen, denn die amtliche oder behördliche Datenerhebung verfolgt häufig andere Zielrichtungen, so dass Sekundärdaten häufig nur mit Abstrichen für eigene Analysen nutzbar sind. Zudem werden Längsschnittuntersuchungen, welche zur Erforschung von Polarisierungs- oder Nivellierungsprozessen notwendig sind, durch gesetzliche oder administrative Umgestaltungen erschwert, die sich auf die erhobenen Merkmale auswirken. So kam es durch die Hartz-Reform zu Änderungen beim Bezug von Sozialhilfe, was zur Folge hatte, dass alle Personen, die als arbeitsfähig eingestuft wurden, nicht mehr in der Sozialhilfestatistik geführt wurden. Darüber hinaus werden Arbeitslose, die – wie z.B. einige Migranten – keine Arbeitserlaubnis haben, in keiner Arbeitslosenstatistik auftauchen. Auch Wohnungslose und Personen, die in Pflegeheimen, Kasernen oder dem Gefängnis untergebracht sind, werden bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen nicht erfasst.

Die Einkommens- und Verbrauchstichprobe berücksichtigt besonders hohe Einkommen aus statistischen Gründen (Verzerrung der Verteilung) nicht, verzichtet damit aber auch auf diesbezügliche Informationen. Hinzu kommt, dass die Auskunftsbereitschaft über das eigene Einkommen mit steigender Höhe sinkt und zu einer systematischen Unterschätzung führt. Die Einkommenssteuerstatistik gibt das *versteuerte Einkommen* wider, welches jedoch für das eigentlich interessierende tatsächliche Einkommen nur bedingt aussagekräftig ist. Von Steuerhinterziehung einmal abgesehen, machen die verschiedensten Abschreibungsmöglichkeiten gerade für den oberen Einkommensbereich – Rückschlüsse unmöglich. Zudem werden einige Geldwerte wie z.B. Spekulationsgewinne – ganz von der Steuer ausgenommen, folglich fehlen sie in der entsprechenden Statistik und den darauf aufbauenden Berechnungen. Allerdings verfügen wir nicht nur bei hohen Einkommen über wenig exakte Daten. Auch die *Überschuldung* kann nur ansatzweise bestimmt werden. Die wenigen Studien, die es dazu gibt, setzen zumeist bei Schuldnerberatungsstellen an. Um ein exaktes Bild zu erhalten, müssten jedoch auch die einbezogen werden, die keine offizielle Hilfe in Anspruch nehmen. Ihre Erreichbarkeit stellt jedoch ein methodisches Problem dar. Dasselbe gilt für die Untersuchung von Obdachlosen und Personen in

30 – Die Weltbank dominiert die internationale Armutsforschung – sie sagt von sich auch, dass ihr eigentliches Mandat die Bekämpfung der Armut sei. Das stimmt nur sehr bedingt mit den Fakten überein.

31 – Chossudovsky, 2004, 337 ff.

32 – Natürlich wissen das auch die Weltbankstatistiker (vgl. die technischen Anmerkungen in den Weltentwicklungsberichten). Zu kritisieren ist, dass sie die Zahlen dennoch veröffentlichten, obgleich sie nichts aussagen. Zu kritisieren sind aber auch die Konsumenten solcher Statistiken, die damit in der Regel gedankenlos umgehen, sich dabei womöglich gar auf die

34 – Weitere Probleme insbesondere der internationalen Vergleichbarkeit werden diskutiert in [www.wider.unu.edu/wiid/WIID2.pdf](http://www.wider.unu.edu/wiid/WIID2.pdf); selbstverständlich räumen alle Bemühungen um

absoluter Armut, für die ebenfalls so gut wie keine Daten vorliegen. Wir befinden uns in einer Situation, in der – von prinzipiellen Problemen exakter Datenerhebung einmal abgesehen – insbesondere die Angaben fehlen, die uns am meisten interessieren: die oberen und die unteren Einkommensegmente. Es kommt zur systematischen Unterschätzung dieser beiden Bereiche. Damit ist Polarisierung statistisch nur schwer nachzuweisen.

Obwohl die *Vermögens*verteilung aussagekräftiger als die Einkommensverteilung langfristig wirkende und sich verfestigende Ungleichheitsstrukturen darlegt, ist die Verfügbarkeit valider Daten aufgrund der Komplexität des Vermögensbegriffes und bestehender Erhebungsprobleme bis heute unzureichend. Vermögen besteht aus Geldvermögen (Bankeinlagen, Versicherungsguthaben, Wertpapiere etc.) und Sachvermögen wie z.B. Immobilienbesitz. Allerdings ist nicht jedes Vermögen als Eigentum an Produktionsmitteln zu interpretieren (z.B. selbst genutztes Wohnungseigentum, Spargroschen). Die Vermögenssteuerstatistik erfasst beispielsweise nur deklarierte und versteuerte Vermögen und steht seit der Abschaffung der Vermögenssteuer nicht mehr als aktuelle Datenquelle zur Verfügung. Auch andere Statistiken sind unvollständig, und ihre Daten müssen z. T. erst in reale Verkehrswerte umgerechnet werden. Ferner gibt es einige Vermögensarten wie z.B. das gewerbliche Vermögen, über die wenige Informationen vorliegen. Da Spekulationsgewinne nicht zu versteuern sind<sup>35</sup>, werden Angaben über solche Vermögen nicht oder selten gemacht, zumal sie oft im Ausland deponiert sind. Eine andere und zunehmend beliebte Möglichkeit, sie der Steuer zu entziehen, ist die Errichtung einer Stiftung. Bekannt ist, dass gerade große Vermögen gerne in ausländische Steuerparadiese verschoben werden<sup>36</sup>. Die steuerliche Bewertung von Immobilienvermögen ist in Deutschland schon vor Jahren höchstrichterlich kritisiert worden, weil die Einheitswerte veraltet und viel zu tief angesetzt sind. Zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten erlauben es, Vermögen steuerlich klein zu rechnen oder Scheinverluste geltend zu machen. Wer mit solchen Zahlen operieren will, sollte zumindest ihre Mängel kennen und in die Argumentation einbeziehen und entsprechend vorsichtig interpretieren.

Ähnliches trifft auf die Arbeitslosigkeit zu: Als arbeitslos gilt in der deutschen Statistik, wer als Arbeit suchend beim Arbeitsamt gemeldet ist. Wer sich nicht (mehr) meldet, z.B. weil er nach langer Suche resigniert hat, wer in Qualifikationsmaßnahmen oder kurzfristig in prekären Jobs untergekommen ist, geht nicht in die Statistik ein. Vergleichbares gilt auch für den Bezug von anderen Transferzahlungen. Für Deutschland wird geschätzt, dass die wirkliche Arbeitslosigkeit wahrscheinlich um etwa fünfzig Prozent höher ist als die

35 – Das Bundesverfassungsgericht hat dies damit begründet, dass solche Gewinne nur ausnahmsweise verlässlich festgestellt werden können und damit die Einhaltung der Gleichbehandlung nicht garantiert werden kann.

36 – Gerade aus diesen Gründen dürfte es wenig Sinn machen, in diesem Kapitel etwas über die „Reichen und Schönen“ zu sagen. Das überlassen wir lieber den Klatschspalten. Wer sich

von der Bundesagentur für Arbeit gemeldet<sup>37</sup>. Umgekehrt gilt, dass sich unter denjenigen, die statistisch als beschäftigt verbucht werden, sich auch solche in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder mit geringem Einkommen befinden. Die Zahlen sagen also nicht eben viel aus, auch wenn sie im politischen Schlagabtausch beliebt sind. Es ist leicht vorstellbar, dass solche Statistiken in Gesellschaften mit einem größeren informellen Wirtschaftssektor noch viel weniger Informationsgehalt besitzen. Plausibel scheint, dass in solchen Ländern diese Statistiken gar nicht zu verwenden sind. Es sollte deutlich geworden sein, dass selbst Gesellschaften, die seit langer Zeit ein statistisches Berichtssystem etabliert haben, keine exakten Zahlen garantieren können.

Um bestimmen zu können, wie gleich bzw. ungleich eine Merkmalsverteilung ist, benötigt man Kriterien. Der Gini-Koeffizient drückt das Ausmaß der Ungleichheit in einer einzigen Zahl aus. Er kann Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (vollkommene Ungleichheit) annehmen. Im Zeitverlauf steigende Werte verweisen somit auf wachsende Ungleichheit. Darüber hinaus geben die Einkommensanteile (Quintile, Dezile) der nach der Höhe ihres Einkommens geordneten Personen darüber Auskunft, über wie viel Prozent des Gesamteinkommens beispielsweise die unterste (ärmste) bzw. oberste (reichste) Kategorie verfügt und in welchem Verhältnis die jeweiligen Anteile zueinander stehen. Armuts- oder Reichtumsquoten geben schließlich über die entsprechenden Bevölkerungsanteile Auskunft, die unter die jeweiligen Definitionen fallen<sup>38</sup>.

## 5.2 Ungleichheit empirisch

### 5.2.1 Weltgesellschaft

Wir wollen hier auf zwei Aspekte der *globalen Ungleichheit* aufmerksam machen: Die Armut als Hinweis auf die Zahl und die Verteilung der Opfer; die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung als Hinweis darauf, wie der global erwirtschaftete Mehrwert verteilt worden ist.

„Das vergangene Jahrhundert hat für viele Menschen bedeutende Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung und in der Bildung gebracht, wie man an zurück gehender Kindersterblichkeit, steigender Lebenserwartung und höheren Alphabetisierungsraten sehen kann. Dennoch leben noch immer schätzungsweise 1,2 Milliarden Menschen von weniger als einem Dollar und fast drei Milliarden von weniger als zwei Dollar am Tag. 110 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter gehen nicht zur Schule, davon sechzig Prozent Mädchen. 31 Millionen Menschen sind mit AIDS infiziert. Und viele mehr leben ohne aus-

37 – Kritik verdient, dass die „offiziellen“ Zahlen trotz solch bekannter Fehler dennoch unentwegt und meist unkommentiert verwendet werden, so z.B. auch im Datenreport.

38 – So wird das Äquivalenzeinkommen mit dem gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen (Median oder arithmetisches Mittel) verglichen und z.B. als einkommensarm bezeichnet, wer nicht mehr als 60 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens verdient. Entsprechend

	BIP pro Kopf in PPP US\$ (2002)	GDP-Index (2002)	Human development index (HDI) (2002)
Arabische Staaten	5,069	0,65	0,651
Ostasien und Pazifik	4,768	0,64	0,740
Lateinamerika und Karibik	7,223	0,72	0,777
Südasien	2,658	0,55	0,584
Schwarafrika	1,790	0,48	0,465
Zentral- und Osteuropa	7,192	0,72	0,796
OECD	24,904	0,92	0,911
ertragsstarke OECD	29,000	0,95	0,935
Entwicklungsländer	4,054	0,62	0,663
am wenigsten entw. Länder	1,307	0,42	0,446
Welt	7,804	0,73	0,729

**Tabelle 5.1:** Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, GDP- und HDI-Index für verschiedene Weltregionen (2002). *Quelle: Eigene Darstellung, Daten nach UNDP 2004*

I – Steht für die purchasing power parity und meint Kaufkraftparität. Dies ist ein fiktiver Wechselkurs zwischen zwei Währungen, der sich aus der Kraft der beiden Währungen in ihren jeweiligen Ursprungsländer berechnet. Ein Wechselkurs beschreibt das Verhältnis zweier Währungen zueinander, hier wird als Referenzpunkt US\$ gewählt.

reichende Nahrung, Wohnung, ohne sicheres Wasser und ohne sanitäre Einrichtungen<sup>39</sup>. Zwei Drittel der Armen leben in Südasien, zwanzig Prozent in Schwarzafrika, fünf Prozent in Lateinamerika, vor allem in Mexiko und Zentralamerika. Nach Schätzungen der FAO sind 842 Millionen Menschen, davon 95% in Entwicklungsländern, unterernährt. Während der 1990er Jahre hat sich diese Situation in achtzig Ländern kaum verändert, in fünfzig Ländern gab es Verbesserungen, in 41 Ländern deutliche Rückschritte. Nach dem Weltgesundheitsbericht 2002 werden die Unterschiede zwischen Ländern und Regionen größer: So beträgt die Differenz zwischen der mittleren Lebenserwartung in Schwarzafrika (46 Jahre) und den Industrieländern (78) 32 Jahre, vor allem infolge von AIDS. Während sich die Sterblichkeit (→ Kap. 4.1.1) in den Industrieländern auf die Altersgruppen über siebzig Jahre konzentriert, liegt ihr Schwerpunkt in den Entwicklungsländern viel tiefer. Hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit und die höhere Sterblichkeit in jüngeren Jahrgängen sind dafür verantwortlich. Vor allem in Schwarzafrika hat sich die Gesundheitssituation deutlich verschlechtert – am meisten in Malawi, Mosambik und Sambia, wo AIDS, Malaria und Tuberkulose die wichtigste Rolle spielen und zwanzig Prozent aller Kinder sterben, bevor sie fünf Jahre alt werden. Der Zusammenhang zwischen Morbidität und Wohlstand ist offensichtlich – das gilt nicht nur im Vergleich zwischen Ländern, sondern ebenso innerhalb von Ländern, auch in Europa. Verbesserungen gab es sei 1970 in Südostasien, im östlichen Mittelmeerraum und in Lateinamerika. Vor allem in Zentralasien nimmt die Tuberkulose deutlich zu. AIDS ist zur wichtigsten Todesursache für Menschen im Alter zwischen 15 und 59 Jahren geworden – achtzig Prozent davon in Schwarzafrika. Täglich sterben 1.600 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt, die Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern ist 18mal so hoch wie in Industrieländern. Weltweit werden fünfzig Millionen Schwangerschaften pro Jahr vorzeitig beendet, davon zwanzig Millionen unter mangelhaften Bedingungen. Nach Daten von HABITAT leben 600 Millionen Menschen in Städten und eine Milliarde Menschen in ländlichen Regionen in überbelegten Wohnungen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, ohne sanitäre Einrichtungen, ohne

39 – Global Poverty Report, erstellt für den G8-Gipfel in Okinawa 2000 von den regionalen Entwicklungsbanken, dem IWF und der Weltbank. Es kann sich angesichts der o.a. zweifelhaft-

ausreichende Müllentsorgung: 180 Millionen in Afrika, 800 Millionen in Asien, 150 Millionen in Lateinamerika. Die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit belaufen sich in Schwarzafrika auf durchschnittlich 23 € pro Kopf und Jahr, in Industrieländern dagegen auf 2.160 €; Ausgaben für Bildung liegen in Industrieländern 28mal höher als in Entwicklungsländern<sup>40</sup> (siehe auch Tab. 5.1).

Die wird auch durch den Human Development Index (HDI) bestätigt, welcher ein ungewichteter additiver Index aus dem GDP-Index<sup>41</sup>, einem Lebenserwartungsindex<sup>42</sup> und einem Bildungsindex<sup>43</sup> ist. Dieser Indikator berücksichtigt, dass sich ein weltweiter Vergleich des Lebensstandards nicht allein auf ökonomische Faktoren stützen kann, da diese in verschiedenen Regionen von unterschiedlicher Relevanz sind. Die Werte ab 0,8 gelten als „high human development“, diejenigen unter 0,5 als „low human development“, was die prekäre Situation Afrikas und die Privilegierung der OECD-Länder besonders hervorhebt. Norwegen, Schweden, Australien, Kanada und die Niederlande belegten 2002 die ersten fünf Rangplätze, während die afrikanischen Länder Sierra Leone, Niger, Burkina Faso, Mali und Burundi die untersten einnahmen. Deutschland rangierte mit einem HDI-Wert von 0,925 auf Platz 19.

Armutsquoten sind weltweit aufgrund der existentiellen Form der Armut sowie der Relevanz nicht-ökonomischer Bereiche anders als in Armutsberichten für Deutschland zu definieren. Im Human Development Report des Entwicklungsprogramms der VN (UNDP) werden zwei Indizes vorgeschlagen, welche unterschiedliche Armutsbedingungen in Rechnung stellen. Der HPI-1 (Armutsindex für Entwicklungsländer) berücksichtigt dieselben Dimensionen wie der HPI-2 (Armutsindex für ausgewählte OECD-Länder), operationalisiert diese jedoch anders<sup>44</sup>. Beide Indizes können Werte zwischen 0 (geringe Armut)

40 – Social Watch Report 2005. Social Watch hat für diesen Bericht Daten zahlreicher VN-Organisationen wie FAO, WHO und HABITAT ausgewertet. <http://www.socwatch.org.uy/en/informeImpreso/index.htm#>

41 – Im HDI steht das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stellvertretend für alle Dimensionen, die nicht durch die anderen beiden Indikatoren abgedeckt werden. Allerdings geht es nicht direkt in den HDI ein. Dies wird damit begründet, dass Geld nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen muss, um einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen. Folglich wird das Bruttoinlandsprodukt logarithmiert und – wie die anderen beiden Indikatoren auch – auf einen Wertebereich von 0 bis 1 umskaliert. Erst dieser neu gebildete GDP-Index geht in den HDI ein.

42 – Die Lebenserwartung bei Geburt wird im Lebenserwartungsindex auf einen Wertebereich von 0 bis 1 umskaliert.

43 – Der Bildungsindex wird aus zwei Variablen gebildet: der Alphabetisierungsrate von Erwachsenen und dem Anteil der Immatrikulationen im primären, sekundären und tertiären Bildungssektor. Beide Indikatoren werden zunächst auf den Wertebereich von 0-1 umskaliert. Dann gehen sie gewichtet in den additiven Bildungsindex ein, der erste mit einem 2/3- und der zweite mit einem 1/3-Gewicht.

44 – Der HPI-1 bezieht sich auf folgende Indikatoren: Wahrscheinlichkeit bei Geburt, keine 40 Jahre alt zu werden (Dimension Lebenserwartung); Analphabetismus von Erwachsenen (Dimension Bildung); Bevölkerungsanteil, der keinen Zugang zu sauberem Wasser hat und Anteil der untergewichtigen Kinder (beides für die Dimension Lebensstandard). Der HPI-2 wird wie folgt operationalisiert: Wahrscheinlichkeit bei Geburt, keine 60 Jahre alt zu werden (Dimension Lebenserwartung); Analphabetismus von Erwachsenen (Dimension Bildung); Bevölkerungsanteil unter der Einkommensarmutsgrenze von 50% des verfügbaren Median

Für die Länder, zu denen Daten vorliegen, ergeben sich folgende Rangplätze und Indexwerte:

1. Schweden (6,5)	6. Deutschland (10,3)	11. Italien (11,6)	16. Irland (15,3)
2. Norwegen (7,1)	7. Luxemburg (10,5)	12. Kanada (12,2)	17. Vereinigte Staaten (15,8)
3. Niederlande (8,2)	8. Frankreich (10,8)	13. Belgien (12,4)	
4. Finnland (8,4)	9. Spanien (11,0)	14. Australien (12,9)	
5. Dänemark (9,1)	10. Japan (11,1)	15. Großbritannien (14,8)	

**Tabelle 5.2:** HPI-2 Rangplätze und Indexwerte für ausgewählte OECD Länder

Quelle: Eigene Darstellung, Daten nach: UNDP 2004

Die zwanzig Länder mit den höchsten Armutswerten liegen allesamt in Afrika:

75. Congo (42,9)	80. Benin (45,7)	85. Lesotho (47,9)	90. Zambia (50,4)
76. Botswana (43,5)	81. Gambia (45,8)	86. Guinea-Bissau (48,0)	91. Zimbabwe (52,0)
77. Senegal (44,1)	82. Burundi (45,8)	87. Mauritania (48,3)	92. Ethiopia (55,5)
78. Rwanda (44,7)	83. Malawi (46,8)	88. Chad (49,6)	93. Mali (58,9)
79. Côte d'Ivoire (45,0)	84. Central Afr. Rep. (47,7)	89. Mozambique (49,8)	94. Niger (61,4)
			95. Burkina Faso (65,5)

**Tabelle 5.3:** HPI-1 Rangplätze und Indexwerte für Entwicklungsländer

Quelle: Eigene Darstellung, Daten nach: UNDP 2004

und 100 (hohe Armut) annehmen. Im Gegensatz zum HDI sind diese Indikatoren an der Messung von mangelhafter Entwicklung interessiert, was sich in einer vom HDI abweichenden Operationalisierung ausdrückt (vgl. Tab 5.2, 5.3).

Es gibt verhältnismäßig wenige Studien, welche die weltweite Ungleichheit anhand vergleichbarer *Verlaufsdaten* überprüfen. Milanovic, der einen Wert Gini schätzt, ermittelt, dass die Ungleichheit im Jahre 1988 weltweit mit einem Gini-Koeffizienten von 0,628 deutlich höher war als in jedem einzelnen Land<sup>45</sup>. Zudem ist dieser Wert in den darauf folgenden fünf Jahren enorm gestiegen (0,660), was weniger auf ein Anwachsen der Ungleichheit *innerhalb* der Länder als vielmehr auf die Entwicklung der Ungleichheit *zwischen* den Ländern zurückzuführen ist. Die Durchschnittseinkommen der obersten fünf Prozent der Welt und die Durchschnittseinkommen der untersten fünf Prozent haben sich ferner merklich auseinander entwickelt. Die Steigerung der Ungleichheit in den Jahren 1988 bis 1993 war in Osteuropa, Asien und Afrika besonders groß, wobei die Ungleichheit zwischen einzelnen asiatischen Ländern enorm war und sich im Zeitverlauf noch verstärkte<sup>46</sup>. Ein Vergleich der Dezile bestätigt, dass die obersten deutlich reicher und die untersten ärmer geworden sind. Die untersten fünfzig Prozent der Weltbevölkerung verfügten 1988 über 9,6% und 1993 über 8,5% des Gesamteinkommens, im Vergleich zu dem obersten Dezil, welches 1988 bereits 46,9% und fünf Jahre später 50,8% des Gesamteinkommens besaß<sup>47</sup>. Angesichts dieser Daten ist die von der Weltbank festgestellte weltweite Reduktion der Armut mit Vorsicht zu interpretieren.

Insoweit ist erst einmal nachgewiesen, dass die Verteilung der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung auf der Erde höchst ungleich ist und über die letzten Jahrzehnte zur Polarisierung neigte. Dies steht dem Ziel der Nachhaltigen Ent-

wicklung entgegen. Wenn man das verstehen und erklären will, kommt man nicht umhin, das Verhältnis zwischen den reichen und den armen Ländern zu thematisieren. Die Reichen eignen sich die Rohstoffe der Armen gewaltsam an (→ Kap. 2.2) und halten diese Länder in ihrer Armut (→ Kap. 5.2.1).

## 5.2.2 Europa

Der Vergleich der *Bruttoinlandsprodukte (BIP) pro Kopf* in Kaufkraftstandards<sup>48</sup> erlaubt einen ersten Einblick in die unterschiedlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten der einzelnen Volkswirtschaften (vgl. Tab. 5.4 im Anhang), sagt aber nichts über Wohlstand oder Einkommensverteilung. Der Index wird in Relation zum EU-25-Durchschnitt gesetzt, so dass Werte über 100 ein BIP über dem EU-Durchschnitt ausweisen. Extrem unterdurchschnittliche Werte wurden in 2005 für das Jahr 2006 für folgende Länder prognostiziert: Lettland (48), Polen (49), Litauen (52), Estland (54), Slowakei (57) und Ungarn (63). Insgesamt wird für keines der neuen Beitrittsländer von 2004 ein Indexwert über 100 vorausgesagt. Ferner sind sowohl ein West-Ost- als auch ein Nord-Süd-Gefälle von höheren zu niedrigeren Werten erkennbar. Überdurchschnittlich sind diese insbesondere in Luxemburg (219), Irland (137), im Vereinigten Königreich (120) und Dänemark (121). Deutschland wird mit 106 voraussichtlich ebenfalls über dem EU-Durchschnitt liegen. Das beschriebene Gefälle lässt bereits vermuten, dass asymmetrische Wanderungsbewegungen in den benannten Richtungen verzeichnet werden können (→ Kap. 4.4).

Für die EU-25<sup>49</sup> lag die *Arbeitslosenquote*<sup>50</sup> 2004 bei neun Prozent, das waren im jährlichen Durchschnitt 19,3 Millionen Personen. Luxemburg, Irland, Österreich sowie die Niederlande und Großbritannien hatten Arbeitslosenquoten unter dem EU-Durchschnitt<sup>51</sup>. Polen und die Slowakei erreichten Werte über

48 – Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt.

49 – Zur Europäischen Union 25 zählen seit Mai 2004 folgende Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich (die bisher genannten Staaten sind bereits seit Dezember 1994 EU-Mitglieder), Österreich, Finnland, Schweden (diese drei Länder traten der EU im Januar 1995 bei und werden zusammen mit den vorgenannten als EU-15 bezeichnet), die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

50 – Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren und gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren. Ferner mussten sie aktiv auf Arbeitssuche sein: Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

dem Doppelten des EU-Durchschnitts, Spanien und Litauen befanden sich deutlich oberhalb von 9 Prozent, Deutschland lag ungefähr im Mittel<sup>52</sup>. Obwohl die osteuropäischen Länder tendenziell höhere Werte hatten, waren die Zahlen der bereits genannten Staaten nicht typisch für alle neuen Beitrittsländer Osteuropas: Ungarn, Slowenien und die Tschechische Republik lagen unterhalb des EU-Durchschnitts<sup>53</sup>.

Ein Vergleich der *Einkommensungleichheit* ist anhand der Verteilungsquintile möglich. Die angegebenen Werte setzen das Gesamteinkommen der reichsten zwanzig Prozent der Bevölkerung in Beziehung zu demjenigen der ärmsten zwanzig Prozent. Im EU-25-Durchschnitt besaß das oberste Quintil fünfmal so viel wie das unterste. In Portugal (7), Estland, Griechenland und Spanien (6) waren die Einkommen entsprechend ungleicher verteilt. Diese Länder fallen auch bei der Analyse von Armutsindikatoren auf. Hingegen zeichneten sich Irland und Italien zwar durch vergleichsweise hohe Armutsquoten aus, ihre Einkommensungleichheit lag jedoch mit 4,5 (Irland) und 4,8 (Italien) im EU-Durchschnitt. Erneut nahm Deutschland mit einem unterdurchschnittlichen Wert von 4,0 eher eine mittlere Position ein. Weniger ungleiche Einkommensverteilungen existierten in Dänemark, Ungarn und Slowenien, der Tschechischen Republik und Schweden sowie Österreich.

Tabelle 5.5 zeigt die Entwicklung der Einkommensverteilung für die EU25 und zum Vergleich für die USA, zwischen 1980 und 2000. Insgesamt ging der Trend hin zu mehr Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Die größten Veränderungen hin zu einer Polarisierung der Einkommen zeigten sich in Polen, Estland und Litauen. Ausgeprägte Ungleichverteilungen gab es in Großbritannien, Finnland, Schweden, Lettland, der Slowakei und Ungarn. Die größte Stabilität bestand in Spanien und Portugal. Ausgeglichenere wurde hingegen die Einkommensverteilung in Griechenland, Frankreich, Irland und Dänemark. Übrigens: Die Verteilung in den USA ist insgesamt ungleicher als in Europa und nimmt im Beobachtungszeitraum zu, allerdings durchaus in einem mittleren Maß, etwa ähnlich wie in Ungarn. Dabei mag es durchaus sein, dass die verschärfte neoliberale Politik seit etwa 2000 in den statistischen Daten noch nicht sichtbar wird. Es erstaunt nicht, dass in allen Transformationsländern die Einkommensverteilung ungleicher geworden ist. In den westeuropäischen Ländern war dieser Trend besonders ausgeprägt in Großbritannien, gefolgt von Finnland und Schweden. In diesen Ländern hat der Neoliberalismus besonders hart zuge schlagen.

Für Europa lässt sich empirisch belegen, „...dass seit den siebziger Jahren die nationalen Arbeitslosigkeitsraten in den Ländern mit den eher ungleichen Einkommensverteilungen am höchsten sind. Für die europäischen Länder gilt, dass Arbeitslosigkeit vor allem dann verhindert werden kann, wenn es eine diversifizierte Beschäftigungsstruktur und eine Stützung von Beschäftigungssektoren mit niedriger Produktivität gibt. Letzteres wird durch das Hand-in-Hand-Gehen von einkommens- und beschäftigungspolitischer (sic!)

	Gini-Index 1980	Gini-Index 2000	Differenz x 100
Belgien	0,282	0,322	40
Deutschland	0,280	0,290	10
Frankreich	0,314	0,282	- 32
Italien	0,375	0,382	- 13
Luxemburg	0,264	0,302	19
Niederlande	0,283	0,325	42
Großbritannien	0,252	0,346	94
Irland	0,367	0,341	- 26
Dänemark	0,413	0,390	- 23
Griechenland	0,398	0,322	- 76
Spanien	0,333	0,326	- 07
Portugal	0,341	0,347	06
Finnland	0,233	0,312	79
Österreich	0,243	0,292	49
Schweden	0,194	0,272	78
Estland	0,251	0,384	113
Lettland	0,248	0,327	79
Litauen	0,244	0,355	111
Malta			
Polen	0,231	0,345	114
Slowakei	0,194	0,264	70
Slowenien	0,235	0,246	11
Tschechien	0,197	0,231	34
Ungarn	0,207	0,259	52
Zypern			
Zum Vergleich:	0,347	0,401	54
Vereinigte Staaten			

**Tabelle 5.5:** Entwicklung der Einkommensverteilung, EU25, 1980-2000  
Quelle: *World Income Inequality Data Tables*, 22.7.2005

Interventionen erreicht, ...“<sup>54</sup>. In der Konsequenz heißt dies, dass Regionen mit niedriger Produktivität und hoher Spezialisierung eher von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Arbeitsmigration führt für diese Gebiete aufgrund des Wegzugs zu weiteren gesellschaftlichen Verschiebungen, die sich u.a. in einer Unterrepräsentation von jüngeren Erwachsenen und damit auch von Kindern ausdrückt.

Eine generelle Polarisierung aufgrund kontinuierlich wachsender Arbeitslosenquoten kann nicht festgestellt werden, denn die EU-Durchschnittswerte<sup>55</sup> sprechen für einen allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit zwischen 1996 und 2002 und einen erneuten Anstieg seit 2002, der 2004 noch nicht das Niveau von 1993 erreicht hat. Allerdings erfassen die angegebenen Statistiken nur einen Teil der Arbeitslosen. Die so genannte „Stille Reserve“, welche zu den registrierten Zahlen addiert werden müsste, besteht aus Personen, die sich nicht melden, weil sie z.B. weder vom Arbeitsmarkt noch von den zuständigen Behörden eine Besserung ihrer Situation erwarten. Über die Entwicklung dieses Bevölkerungsanteils ist nichts bekannt, so kann ein Rückgang bzw. Anstieg der Arbeitslosenzahlen auch durch ihre zunehmende (Unter-)Erfassung und somit ein Ansteigen oder Absinken der Stillen Reserve bedingt sein. Da sich sowohl die Arbeitsmarktsituation als auch die Unterstützung Arbeitsloser tendenziell verschlechtert haben, gehen wir eher von einer wachsenden Untererfassung aus. In Polen verdoppelte sich der Anteil der Arbeitslosen seit 1997 (ein durchgehender Trend in den osteuropäischen Transformationsländern). Wegen der großräumigen Segregations- und Migrationsprozesse kommt den regiona-

len Disparitäten eine besondere Bedeutung zu, da sie die Aufmerksamkeit auf mögliche Konfliktfelder lenken.

Grob verallgemeinert wird bei nationalen Untersuchungen in OECD-Ländern zumeist von einer gewissen Stabilität der Ungleichheit in den 1970er Jahren und einer wachsenden Ungleichheit seit den 1980er Jahren berichtet, welche in den angelsächsischen Ländern begann und sich im Laufe der 1990er Jahre in vielen weiteren europäischen Ländern fortsetzte. Förster und Pearson überprüfen diese Aussage für 21 OECD-Länder, soweit für diese vergleichbare Daten vorliegen<sup>56</sup>. Die langfristig nachvollziehbaren Entwicklungen seit Mitte der 1970er Jahre sind nicht einheitlich. So reduzierte sich die Einkommensungleichheit in Griechenland deutlich, während sie in England erheblich zunahm. Weitere Abweichungen nach oben und unten sowie konstante Bedingungen in anderen Staaten lassen keinen einheitlichen Trend erkennen. Die zunehmend ungleichere Entlohnung der Arbeit wirkt sich auf die Nettohaushaltseinkommen und damit auf die für den Konsum verfügbare Kaufkraft aus. Verstärkt wird dies durch die ungleichere Verteilung von Erwerbsarbeit in Haushalten. So nimmt sowohl die Zahl der Haushalte zu, in denen *alle* ein Erwerbseinkommen erzielen, als auch die Zahl der Haushalte, in denen *niemand* erwerbstätig ist. Der Zugang zu gut bezahlten, möglichst nicht prekären Beschäftigungen entscheidet folglich über entsprechende ökonomische Chancen und Risiken. „Was auch immer die Regierungen fiskalisch und sozialpolitisch unternommen haben, um die Volkswirtschaften und Gesellschaften nach ihren politischen Präferenzen in Richtung auf mehr Gleichheit zu beeinflussen, hat nichts daran geändert, dass die reicheren Gruppen relativ noch reicher geworden sind, während die ärmeren Gruppen relativ weniger Einkommen aus ihrer Arbeit und ihren Ersparnissen erhalten haben“<sup>57</sup>. Dass dieser allgemeine Trend nicht in allen Ländern zur Steigerung der Ungleichheit und der Armutsquoten geführt hat, basiert insbesondere auf den unterschiedlichen politischen Interventionen dieser Länder in Form von Transfereinkommen und Steuern.

### 5.2.3 Deutschland

Nach wie vor ist die eigene *Erwerbstätigkeit* für vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung die wichtigste Unterhaltsquelle. Weitere dreißig Prozent werden hauptsächlich durch *Angehörige* unterstützt, und 23 Prozent beziehen ihr Einkommen vorwiegend aus *Renten und Pensionen*<sup>58</sup>. Unter allen drei Einnahmequellen ist die eigene aktuelle oder frühere Erwerbstätigkeit bzw. die Erwerbs-

tätigkeit eines Angehörigen am wichtigsten. Folglich kommt der Betrachtung der Erwerbslosen<sup>59</sup> und der Arbeitslosenquote<sup>60</sup> eine große Bedeutung zu<sup>61</sup>, da sie über die Chance informieren, sich und andere mit Hilfe von Erwerbstätigkeit selbst zu versorgen<sup>62</sup>. Im Jahr 2004 lag die *Erwerbslosenquote* im gesamten Bundesgebiet<sup>63</sup> bei elf Prozent; allerdings zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (neun Prozent) und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost (zwanzig Prozent). Dasselbe galt für die Arbeitslosenquote, welche in *Westdeutschland* im Jahresdurchschnitt neun Prozent und in *Ostdeutschland* 18 Prozent ausmachte. In absoluten Zahlen waren das bundesweit ca. 4,38 Millionen registrierte Arbeitslose. 1,68 Millionen waren mindestens ein Jahr arbeitslos und galten als Langzeitarbeitslose. Regional betrachtet fielen unter die letzte Kategorie 35% der westdeutschen und 44% der ostdeutschen Arbeitslosen. Im Januar 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen u.a. aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Arbeitsfähige auf 5,04 Millionen<sup>64</sup>. Insgesamt zeigen sich darin besondere Nachteile der ostdeutschen Bevölkerung. Zahlreiche Studien haben den Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit und Armut, psychischen Beschwerden, riskantem Gesundheitsverhalten, abweichendem Verhalten etc. nachgewiesen. Mit dem Ost-Westgefälle ist die prägnanteste regionale Disparität in Deutschland benannt; allerdings sind weitere regionale Unterschiede erkennbar. Abbildung 5.1 zeigt Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Ländern zwischen 17% und 21%, während sie sich in den westdeutschen Ländern zwischen sechs und 13% bewegte. Darüber hinaus waren die Quoten in den südlichen Bundesländern niedriger als in den nördlichen, was eine *zweite Teilung* aufdeckt. Eine tiefere regionale Untergliederung würde zeigen, dass die Anteile auf Stadt- und Landkreisebene höchst unterschiedlich sind. Im Jahre 2002 hatte der bayrische Landkreis Ebersberg vier Prozent und der Landkreis Demmin in Mecklenburg-

Aushilfe vorübergehend beschäftigt sind oder einer Arbeitsgelegenheit nach §16 Abs. 3 SGB II (sog. Ein-Euro-Job) nachgehen. Als Erwerbspersonen werden nicht nur Erwerbstätige bezeichnet, sondern die Gesamtheit von Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

60 – Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis einschließlich 64 Jahren, die sich persönlich bei der zuständigen Arbeitsagentur bzw. einem kommunalen Träger als arbeitslos gemeldet haben, den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Wochenstunden umfassende Beschäftigung suchen. Im Gegensatz zu den Erwerbslosen können Arbeitslose jedoch einer geringfügigen Tätigkeit nachgehen. Sie dürfen jedoch nicht arbeitsunfähig erkrankt sein. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen.

61 – Die aufgeführten Definitionen zeigen erstens, dass beide Zahlen nicht unmittelbar vergleichbar sind. Zweitens machen sie darauf aufmerksam, dass insbesondere internationale Studien die Übereinstimmung von Maßzahlen zu prüfen haben. Drittens ist offensichtlich, dass Änderungen von Definitionskriterien die Prozentwerte beeinflussen.

62 – An dieser Stelle bleibt zunächst noch unberücksichtigt, dass manche Erwerbstätigkeit nicht zur Deckung des Lebensunterhaltes ausreicht. Ferner bezieht sich die angesprochene Diskrepanz nicht allgemein auf Erwerbsarbeit, stattdessen ist sie an die – in den jeweiligen Definitionen genannten – Kriterien gebunden.

63 – <http://www.destatis.de/basis/d/erwerb/erwerbtab1.php> sowie <http://www.destatis.de/basis/d/erwerb/erwerbtab4.php> und <http://www.destatis.de/basis/d/erwerb/erwerbtab3.php> (Stand:

56 – vgl. Förster/Pearson, 2002, 8

57 – ebd., 22

58 – Statistisches Bundesamt 2004, 98

59 – Zur Definition von Erwerbslosen orientiert sich das Statistische Bundesamt am Labour Force Konzept der ILO und bezeichnet alle Personen im Alter von 15-74 Jahren als erwerbslos, welche keiner bezahlten oder selbständigen Tätigkeit nachgehen, obwohl sie in den letzten vier Wochen vor der Erhebung aktiv nach einer solchen Tätigkeit gesucht haben und sie innerhalb der nächsten zwei Wochen aufnehmen könnten. Diese Definition misst Erwerbslosigkeit unabhängig davon, ob sich die betreffenden Personen bei einer Agentur



**Abbildung 5.1:** Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen in Deutschland (2004)  
Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Statistisches Bundesamt 2005

Vorpommern 28 Prozent Arbeitslose<sup>65</sup>. Die *Dauerarbeitslosigkeit* stieg von 1992 bis 1997 an, erhöhte sich seit 2003 nach einem kurzen Rückgang wieder und betraf 2004 bundesweit 38% aller Arbeitslosen und 44% aller ostdeutschen Arbeitslosen<sup>66</sup>.

Bevor auf die Einkommenssituation der Haushalte eingegangen wird, ist es jedoch nötig, auf prekäre Formen von Erwerbstätigkeit aufmerksam zu machen. Prekär sind sie, weil sie z.T. nur geringe soziale Absicherungen (Krankenversicherung, Rente etc.) bzw. kein Einkommen gewähren, mit dem der Lebensunterhalt gesichert werden kann. Dazu kommen die Widerrufbarkeit des Arbeitsverhältnisses und die damit einhergehende Unsicherheit der Lebensverhältnisse, z.B. im Fall von Teilzeit- und Leiharbeit, Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz oder mit befristeten Verträgen. Das Normalarbeitsverhältnis ist nicht mehr die Regel; zahlreiche Abstufungen existieren zwischen Erwerbslosigkeit auf der einen und unbefristeter Vollbeschäftigung auf der anderen Seite. Folglich können Ungleichheiten auch durch die Anzahl verschiedener Beschäftigungen und die mit ihnen einhergehenden sozialen Sicherheiten entstehen und sich z.B. über fehlende Rentenansprüche verfestigen. Im Juni 2004 waren 4,8 Millionen Menschen ausschließlich geringfügig beschäf-

tigt<sup>67</sup> (maximaler monatlicher Bruttoverdienst 400 €), weitere 1,66 Millionen fanden in so genannten Mini-Jobs eine Nebenbeschäftigung<sup>68</sup>. Ferner waren 22% der Erwerbstätigen des Jahres 2004 teilzeitbeschäftigt<sup>69</sup>, von denen 16% diese Arbeit nur angenommen haben, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten. Bei 3,86 Millionen Arbeitnehmern war das Beschäftigungsverhältnis befristet. Darüber hinaus gehörten 17% der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten 2001 zu den Niedriglohnverdienern, deren Aufstiegschancen in besser bezahlte Positionen in den letzten Jahren gesunken und deren Beschäftigungsverhältnisse häufig instabil und von kurzer Dauer sind<sup>70</sup>.

Das durchschnittliche Haushaltsbruttoeinkommen beruhte 2001 zu sechzig Prozent auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Weitere 35% der ostdeutschen und 25% der westdeutschen Einkünfte stammten aus öffentlichen Transferzahlungen. Einnahmen aus Vermögen waren eine dritte Einnahmequelle und machten elf Prozent des westdeutschen und vier Prozent des ostdeutschen Haushaltsbruttoeinkommens aus. Das unterschiedliche Gewicht von Transfer- und Vermögenseinkommen lässt die stärkere Abhängigkeit ostdeutscher Haushalte von staatlichen Umverteilungsmaßnahmen für den Großteil der ostdeutschen Bevölkerung erkennen<sup>71</sup>. Der Vergleich von Einnahmen und Ausgaben ergibt, dass die armen Haushalte Schulden machen mussten, während die reichen Haushalte nur etwas mehr als die Hälfte ihres Einkommens ausgaben. Damit bestätigt sich auch hier die bekannte Regel, nach der ärmere Haushalte einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsumzwecke ausgeben als reichere. Es zeigt sich, dass die Einkommensverteilung in Westdeutschland ungleicher ist als in Ostdeutschland. Ferner haben sich die Einkommen nur im unteren Einkommensbereich angeglichen, während im oberen Einkommensbereich weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen<sup>72</sup>. Insgesamt galten 2002 über drei Millionen Privathaushalte als überschuldet – sieben Prozent aller westdeutschen und elf Prozent aller ostdeutschen Haushalte<sup>73</sup>.

Obwohl Aussagen zur deutschen Vermögensverteilung problematisch (und für die europäischen und weltweiten Vergleiche aufgrund fehlender Daten nicht möglich) sind, wollen wir die verfügbaren Daten<sup>74</sup> hier mitteilen. Das Gesamtvermögen ostdeutscher Haushalte erreichte 2003 mit durchschnittlich 60.000 € pro Haushalt etwa 40% des westdeutschen Betrages von durchschnittlich 149.000 €. Die Tabelle 5.6 (siehe Anhang) veranschaulicht, dass die Vermögensverteilung allerdings deutlich ungleicher ist als die Einkommensverteilung. Während sich das unterste Dezil bei der Nettovermögensverteilungen verschuldete, besaß das oberste Dezil nahezu die Hälfte des gesamten Vermögens.

67 – Eurostat, 2005

68 – Bundesregierung, 2005, 108

69 – Eurostat, 2005

70 – Rhein et al., 2005

71 – Statistisches Bundesamt, 2004, 128

72 – Statistisches Bundesamt, 2004, 628



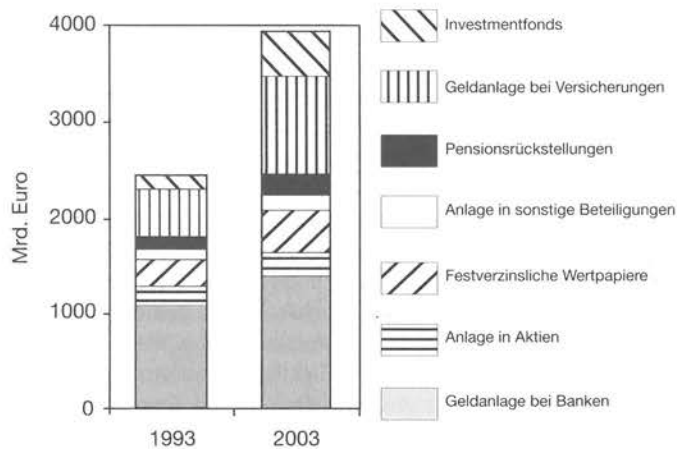


Abbildung 5.2: Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland  
Quelle: Die Bank (Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis)

Das Immobilienvermögen<sup>75</sup> macht bundesweit drei Viertel des Gesamtvermögens privater Haushalte aus, wobei reichere Haushalte häufiger Immobilien und entsprechend höhere Immobilienwerte ihr Eigen nennen. Vermögendere Haushalte erzielen tendenziell mehr Renditen aus ihren Kapitalanlagen, so dass die Vermögensungleichheit im Zeitverlauf zunimmt. Nach den bisherigen Ergebnissen tragen staatliche Maßnahmen dazu bei, einen Teil der Bevölkerung vor akuter Armut zu bewahren. Sie greifen jedoch nicht in erkennbarem Ausmaß bezüglich der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsteile.

Insgesamt sind die Vermögen in Deutschland deutlich gewachsen: Allein das Geldvermögen der Deutschen – besser gesagt der wohlhabenden Deutschen – hat 2003 das Rekordniveau von 3,9 Billionen € erreicht. Abb. 5.2 veranschaulicht, wie es sich zusammensetzt und gegenüber 1993 entwickelt hat.

Es ist nicht das Vermögenswachstum selbst, das zu krisenhaften Entwicklungen führt, sondern es ist die aus den Eigentumsverhältnissen resultierende ungleiche Entwicklung der Einkommen und Vermögen, die der überschüssigen Liquidität, dem Trend zum Kapitalexport – kurz: den periodisch auftretenden Überproduktionskrisen zugrunde liegt. Dies verdeutlicht auch die Abb. 5.3: Während die Haushalte mit einem Netto-Einkommen über 5.000 € über ein Fünftel ihres Einkommens sparen, d.h. ihr Vermögen mehren können, ist die Sparquote der Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1.300 € (immerhin mehr als jeder 5. Haushalt) negativ, d.h. im Durchschnitt müssen sich diese Haushalte verschulden oder vorhandenes Vermögen aufzehren.

Erwerbsarbeit bedeutet mehr als die Sorge für den Lebensunterhalt. Sie vermittelt Selbstwert und soziale Anerkennung, erlaubt die Erfahrung von Verantwortung, Professionalität und Solidarität und die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte. Wer kein Geld hat, ist in einer weitgehend durchkommer-

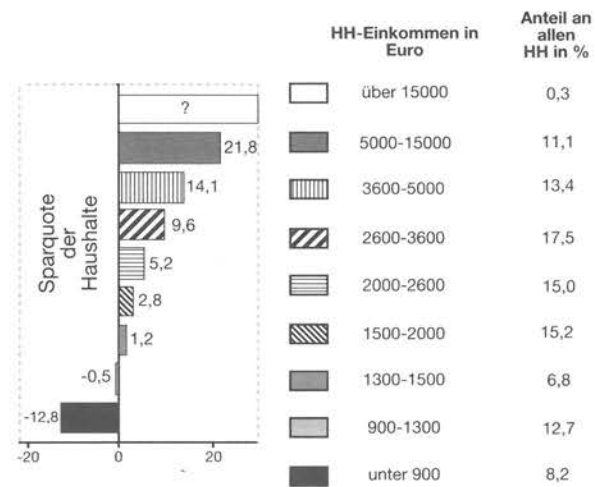


Abbildung 5.3: Sparquote der Haushalte nach Haushalts-Nettoeinkommen, 2003

zialisierten Gesellschaft von der Teilhabe an vielen Aktivitäten ausgeschlossen. Wer seine Arbeit verliert, dem wird viel *mehr genommen als der Lohn*. Seit Jahren wird auf die Gefahr einer Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft hingewiesen, vor der Exklusion sozialer Gruppen von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gewarnt. Zusätzlich zur Erfahrung individueller Isolation kommt gesellschaftlich die abnehmende Integration, die zur Anomie führt (→ Kap. 6.1), wenn sie massenhaft auftritt. Während die Analyse von Polarisierungstendenzen Veränderungen quantitativer Art untersucht, wird durch die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft auf Veränderungen qualitativer Art hingewiesen<sup>76</sup>. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse gelten als Übergangszonen zwischen vergleichsweise stabilen Arbeitsbeziehungen und dem Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt. Die steigende Anzahl dieser Erwerbsformen sowie die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit führen dazu, dass die eigene Erwerbsbiographie als zunehmend instabil und unsicher erlebt wird. Der Tragfähigkeit sozialer Netzwerke und staatlicher Sozialsysteme kommt dann eine besondere Bedeutung zu (→ Kap. 10.1). Es scheint derzeit jedoch ungewiss, ob deren Stabilität und Zuverlässigkeit für die Zukunft ausreicht, um Negativkarrieren abzufedern und den Betroffenen zu einem geregelten Neuanfang zu verhelfen. Kronauer erwähnt das Risiko des „institutionalisierten Statusverlusts“<sup>77</sup>, der dadurch in Gang gehalten wird, dass die soziale Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit zeitlich abgestuft ist. Anstelle von wachsender Sicherheit bei steigender sonstiger erwerbsbiographischer Unsicherheit kommt es zur Kürzung von Bezü-

gen und weiteren Maßnahmen, die den Druck erhöhen und folglich zusätzliche Unsicherheiten schaffen.

Die Entwicklung des Einkommens wird sowohl im ersten als auch im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung<sup>78</sup> untersucht. Beide zeigen, dass die Einkommensverteilungen der neuen und alten Bundesländer ungleicher geworden sind. Bezieht man die Vermögensverteilung<sup>79</sup> in die Analyse mit ein, so zeigen ein wachsender Gini-Koeffizient und die Entwicklung der Dezile eine zunehmende Polarisierung in Westdeutschland. Vermögen wandert zunehmend zu Vermögen, was die schon 1993 hohe Ungleichheit (0,625) weiter vergrößert (2003: 0,657). In Ostdeutschland nimmt die Konzentration jedoch ab, die Gini-Koeffizienten sinken, da das fünfte bis achte Dezil einen größeren Anteil am Gesamtvermögen erreichen konnte. Auch hier wandert Vermögen zu Vermögen, allerdings kommt es gerade *unterhalb* des obersten Dezils zu Zuwächsen, so dass die Verteilung insgesamt etwas ausgeglichener wird. An der wachsenden Verschuldung des untersten Dezils ändert dieses jedoch nichts<sup>80</sup>. Insofern ist es gerechtfertigt, auch im Osten von einer Polarisierung zu sprechen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass das durchschnittliche Vermögen dort ferner weiterhin deutlich unter dem Westniveau bleibt. Das Ausmaß der Polarisierung wird wegen genereller Probleme mit Vermögensdaten und vor allem wegen ungenügender Informationen zum oberen Randbereich systematisch unterschätzt. In Westdeutschland ist der Anteil der Armutsbevölkerung seit 1991 kontinuierlich angestiegen<sup>81</sup>. In Ostdeutschland sank die Anzahl zu Beginn der 90er Jahre zunächst drastisch, pendelte sich dann Mitte der 90er Jahre ein und wächst seit Ende der 90er Jahre.

### 5.3 Zusammenfassung

Auf allen drei Ebenen – Welt, Europa und Deutschland – zeigt sich eine statistische Tendenz zur Polarisierung von Einkommen und Vermögen. Ungenauigkeiten in den Daten berechtigen zur Feststellung, dass dieser Trend deutlich ausgeprägter sein dürfte, als die offiziellen Statistiken erkennen lassen. Unsere Analyse stützt die klassentheoretische Interpretation. Die Reichen werden reicher, indem sie sich einen höheren Anteil des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts aneignen – auf Kosten der Armen, die noch ärmer werden. Wir müssen also Ungleichheit als Prozess sehen, als Klassenkampf – in dem sich Mitte der 1970er Jahre die Machtverhältnisse umgekehrt haben. Das wird nicht dadurch ungültig, dass sich innerhalb der beiden Klassen zahlreiche Differenzierungen eingestellt haben.

## 6. Soziale Krise: Anomie

### 6.1 Theorie, Konzepte, Indikatoren, Datenkritik

#### 6.1.1 Theorie

Vergebens sucht man das Stichwort „Anomie“ in der Neuauflage von Bernhard Schäfers' Sozialstrukturanalyse<sup>1</sup>, die „Soziologischen Gegenwartsdiagnosen II“ vertrösten im Sachregister auf das Stichwort Sozialintegration<sup>2</sup>; im „Deutschland Trend-Buch“ kommt das Thema nicht vor<sup>3</sup>; Fehlanzeige auch im „Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands“<sup>4</sup> und ebenso für Europa bei Hradil und Immerfall<sup>5</sup>. Interessant ist, dass die Sozialindikatorenbewegung in ihrem Flugschiff, dem periodisch publizierten „Datenreport“, den Begriff Anomie zwar einmal aufnimmt<sup>6</sup>, die empirische Behandlung aber auf der Ebene der Meinungsumfrage belässt. Es geht dabei aber weder um Meinungen noch um abweichendes Verhalten insofern, als dies eine *individuelle* Reaktion auf die Unmöglichkeit darstellt, legitime Ziele auch mit legalen Mitteln erreichen zu können (Merton), sondern es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen, *Strukturen, unter denen derart abweichendes Verhalten erst massenhaft auftritt*. Ein – freilich gewichtiges – Werk bildet die Ausnahme: Wilhelm Heitmeyer's „Was treibt die Gesellschaft auseinander?“<sup>7</sup>. Unserem Verständnis von Anomie kommt nahe, was Altvater und Mahnkopf<sup>8</sup> als „Informalisierung“ beschreiben, also als das Aufweichen, die Auflösung von Regelbindungen. Das ist immerhin erstaunlich, hat doch schon René König in sein Fischer-Lexikon Soziologie (1958, mit zahlreichen späteren Auflagen) einen langen Artikel zur Anomie aufgenommen<sup>9</sup>. Dennoch sind das Ausnahmen geblieben.

Es gibt also kein Einverständnis darüber, wie das Thema zu behandeln wäre. Das betrifft einmal die *Systematik* der Darstellung. Während die beim Thema Bevölkerung seit langem allgemein akzeptiert wird, auch beim Thema Soziale Ungleichheit wenig Dissens darüber besteht, was zu behandeln sei, kommen wir mit „Anomie“ auf ein wenig beackertes Feld. Weiter sind die *Grenzen* dieses Feldes unbestimmt: Ob und mit welchem Zentralitätswert Depressionen oder Alkoholmissbrauch zum Thema gehören ist ebenso unbestimmt wie bestimmte Erscheinungen des Kapitalismus, die manche für normal, andere für anomisch,

78 – Bundesregierung, 2001, 46f., Bundesregierung 2005, 18

79 – Bundesregierung, 2005, 32-38

1 – Schäfers, 2004

2 – Volkmann/Schimank, 2002

3 – Korte (Hg.), 2001

4 – Schäfers (Hg.), 2001

5 – Hradil, 1997; Immerfall, 1994

6 – Datenreport, 2002, 439 f.

7 – Heitmeyer, 1997